**Erscheint täglich.**
Preis:
durch die Boten M. 2,
durch die Post M. 2,20
per Quartal,
monatlich 67 Pfennig.

**Anzeigen:**
Petitzeile oder Raum 15 Pfg.
Minimum 2 Zeilen.
Reklamen 50 Pfg.
Fernsprechanschluß Nr. 1028.

# Düsseldorfer Volksblatt.

Chefredakteur Dr. Ed. Hüsgen. Verantw. Redakteur: Ludw. Weber in Düsseldorf. Druck und Verlag der Aktien-Gesellschaft Düsseld. Volksblatt in Düsseldorf.

**Haupt-Expedition:**
Bastionsstraße 14.

**Filial-Expeditionen:**
Marktstr. 5, Schadowstr. 35,
Neußerstr. 50, Friedrichstr. 42,
Schützenstr. 1, Kölnerstr. 299,
Nordstr. 25, Oststr. 76,
Friedrichsplatz 6.

**Agenturen:**
Annoncen-Bureaus in allen größeren Städten.

Nr. 62. Dienstag, 6. März 1894 (Fridolin). 28. Jahrg.

## Die Paritätsfrage in Preußen

ist für die Katholiken des gesamten Königreiches von der weittragendsten Bedeutung und so wichtig, daß sie überhaupt nicht mehr von der Bildfläche der öffentlichen Erörterungen verschwinden sollte, nicht eher wenigstens, als bis in Wirklichkeit die Katholiken Preußens ihres Glaubens wegen keinerlei Zurücksetzung mehr erfahren, was allein um der Gerechtigkeit willen unter dem Hinweis auf die von der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung der beiden christlichen Konfessionen vom paritätischen Staate gefordert werden muß. Die Paritätsfrage wurde vom Centrum gelegentlich der Beratung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhause zur Diskussion gestellt, und war es der rheinische Abg. Dr. Karl Bachem, welcher in der Sitzung vom 1. März in meisterhafter Rede diese Frage einer grundlegenden Behandlung unterzog. Die wörtliche Wiedergabe der Bachem'schen Rede bedarf deshalb einer Rechtfertigung um so weniger, als sie den Ausgangs- und Anknüpfungspunkt bilden wird für alle, welche sich im Parlament, in der Presse, in öffentlichen Versammlungen oder wo immer mit der Paritätsfrage beschäftigen werden.

Abgeordneter Dr. Bachem: Meine Herren, als bei der Etatsdebatte der Redner unserer Partei darauf hinwies, daß zu gelegener Zeit unsererseits die Parität hier ausgiebig zur Sprache gebracht werden solle, da haben allerdings die Redner verschiedener Parteien von vornherein es für unmöglich erklärt, die Parität hier zu behandeln, wenn wir nicht spezielle Beweise dafür zu erbringen in der Lage wären, daß einzelne Beamte um deswillen zurückgesetzt wären, weil sie katholisch seien. Was darauf zu entgegnen ist, ist in der Etatsdebatte selbst schon sofort entgegnet worden; aber diese Entgegnungen haben auch gezeigt, daß in den weitesten Kreisen dieses Hauses nicht annähernd ein richtiger Begriff davon besteht, in welchem Maße wir uns zur Zeit unparitätisch behandelt fühlen. Die Herren werden darum gestatten, daß wir Ihnen jetzt auf breiterer Grundlage ein vollständiges Bild entrollen. Wir thun das sine ira et studio; dem wir sind ja nicht in der Lage, dem Hause einen Vorwurf aus den Zuständen zu machen, wie sie heute sind, und wir sind auch nicht in der Lage, denjenigen Herren, die gegenwärtig die Regierung zu vertreten haben, persönlich einen Vorwurf zu machen. Es handelt sich um Verhältnisse, die seit einer langen Zeit allmählich geworden sind, die sich immer mehr zugespitzt haben, die wir früher schon berührt haben, die wir jetzt aber mit besonderem Nachdruck berühren müssen, weil sie sich eben so zugespitzt haben, daß es nicht ferner angeht, über diese Dinge mit der bisherigen Rücksichtnahme hinwegzugehen.

Meine Herren, vorausschicken will ich einige Punkte, für welche ich von vornherein hier ein gewisses Wohlwollen auf verschiedenen Seiten des Hauses erwarten darf, einige Punkte, die auf dem Gebiete der Gesetzgebung liegen, und bei denen wir eine Abhülfe in absehbarer Zeit wohl erwarten dürfen.

Meine Herren, das Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 25. Juli 1875 ist, wie Sie alle wissen, ein Gesetz, dessen Unzuträglichkeit wir schon mehrfach zur Sprache gebracht haben. Für meinen heutigen Zweck genügt es den einen Satz zu sagen, daß auf dem Gebiete der kirchlichen Vermögensverwaltung die Protestanten ein Gesetz haben, daß der Konstitution und Organisation der evangelischen Kirche und den Wünschen des protestantischen Volksteiles durchaus entspricht, daß uns Katholiken aber ein Gesetz gegeben worden ist, gegen unseren Willen, gegen die offiziellen Verlautbarungen unserer Bischöfe, welches weder den Einrichtungen unserer Kirche, noch den Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung entspricht. (Sehr wahr! im Centrum.) Sie haben ja im März vorigen Jahres eine Resolution angenommen, welche die Regierung aufforderte, Erwägungen anzustellen, in welchem Maße dieses Gesetz abzuändern sei. Wir wissen, daß die Regierung in Erwägungen eingetreten ist, — in dem Bezeichniß über die Entschließungen der Regierung auf die Beschlüsse des Hauses ist es uns gesagt worden — in wie weit diesem Beschlusse zu entsprechen ist. Ich hoffe, daß diese Erwägungen zu einem guten Abschluß kommen und wir Katholiken auch eine Gestaltung des Vermögensverwaltungsgesetzes für unsere Kirche bekommen werden, das unsern Wünschen und Einrichtungen entspricht. Die Herren wollen sich erinnern, daß wir, wo immer protestantisch-kirchliche Gegenstände hier im Hause zur Sprache kamen, uns lediglich darauf beschränkt haben, zu konstatieren, daß die vorgeschlagenen Gesetze im Einverständnis und Einvernehmen mit den offiziellen Organen der protestantischen Kirche gegeben waren, daß wir uns alsdann jeglichen Dareinredens und jeglichen Kritisierens enthalten und lediglich das votiert haben, was die Protestanten wünschten. Meine Herren, diese Haltung möchte ich auch für uns in Anspruch nehmen. Die Zeit, wo Sie grundsätzlich nicht auf diesem Standpunkt standen, liegt hinter uns, die Kulturkampfzeit, der auch dieses Vermögensverwaltungsgesetz entsprang. Aber in der Praxis ist dieser Geist noch nicht ganz geschwunden. Ich denke darum, daß es nicht überflüssig ist, darauf hinzuweisen, um, wenn die Staatsregierung eine geeignete Vorlage demnächst uns bringt, Ihr Wohlwollen für dieselbe von vornherein gefangen zu nehmen.

Ich komme auf einen zweiten Punkt, der leicht abzustellen ist. Sie werden sich der Petitionen von der linken Rheinseite erinnern, welche wünschen, daß es ermöglicht werde, auch auf der linken Rheinseite konfessionelle Kirchhöfe errichten zu können. Meine Herren, im ganzen preußischen Staate, mit einziger Ausnahme der linken Rheinseite, hat man konfessionelle Kirchhöfe, und ist es Prinzip auch, alle neuen Kirchhöfe konfessionell anzulegen. Niemals hat jemand durch diesen Zustand sich beschwert gefühlt. Nur auf der linken Rheinseite ist es durch eine neuerliche Rechtsprechung des Reichsgerichts jetzt unmöglich gemacht, konfessionelle Kirchhöfe anzulegen. Meine Herren, dieser Zustand trifft in ganz überwiegendem Maße die Katholiken, allerdings auch zu einem kleinen Teile die Protestanten. Sie haben ja auch schon Petitionen von seiten protestantischer Gemeinden erhalten, welche Ihnen den Wunsch vortragen, auch protestantische konfessionelle Kirchhöfe auf der linken Rheinseite zu genehmigen; aber zum weitaus größten Teil betrifft wie gesagt, doch diese Beschwerde die Katholiken. Ja, meine Herren, nehmen Sie es uns nicht übel: wir haben das Gefühl, daß, wenn diese Beschwerde zum weitaus größten Teile die Protestanten träfe, dann längst Abhülfe geschaffen wäre. Wir sind fest überzeugt, daß alsdann längst von seiten der Königlichen Staatsregierung Ihnen ein Gesetz vorgelegt worden wäre, das diejenigen Bestimmungen des preußischen allgemeinen Landrechts, das konfessionelle Kirchhöfe vorsieht, auch ausdehnt auf die linke Rheinseite.

Meine Herren, ich darf bei dieser Gelegenheit wohl die Bemerkung einflechten, daß wir die gesamten Reste der Kulturkampfsgesetzgebung als eine Imparität zu unseren Ungunsten betrachten. Die Herren werden mir antworten: es besteht nicht mehr viel davon! Meine Herren, so mögen Sie es ansehen; wir fühlen es anders. Ich darf da zum Beweise wohl anknüpfen an einen Vorgang aus meiner Heimatsgegend am Rhein, der vor ganz kurzer Zeit großes Aufsehen erregte.

In Grenzhausen in Nassau wollten Diakonissen eine Niederlassung errichten; binnen drei Wochen waren sie dort. In einem Orte, der eine Stunde entfernt ist, in Höhr, wollten katholische barmherzige Schwestern auf den Wunsch der Gemeinde eine Niederlassung errichten; sie haben um die Genehmigung einkommen müssen, und es hat volle 10½ Monate gedauert, (hört, hört, im Centrum) bis diese Genehmigung bewilligt wurde. Woher das, meine Herren? Einfach daher, daß jegliche Niederlassung der Diakonissen von Seiten der protestantischen Kirche eingerichtet werden kann ohne irgendwelche Genehmigung von staatlicher Seite, ohne daß irgend ein staatlicher Beamter das Recht hat, hineinzureden; daß dagegen die Niederlassung der barmherzigen Schwestern, die im wesentlichen genau dasselbe wollen, wie die protestantischen Diakonissinnen, einer staatlichen Genehmigung bedürfen für jede einzelne Niederlassung, die ohne Angabe der Gründe verweigert werden kann und regelmäßig, wie es in diesem Falle geschehen ist, einer langen, langen Zeit bedarf, ehe man sie erhält.

Weiter, m. H.! In dem Ordensgesetze besteht heute noch die Bestimmung, daß jegliche Niederlassung katholischer Orden auf dem Verwaltungswege ohne irgend welche Angabe von Gründen jederzeit aufgehoben (hört! hört!) und das Vermögen derselben in Verwahrung und Verwaltung des Staates genommen werden kann. Meine Herren, wo besteht eine ähnliche Bestimmung auch für Einrichtungen der protestantischen Kirche, speziell für die Einrichtungen der Diakonissinnen, für die Diakonissenhäuser und die Diakonissenniederlassungen? Nicht das Geringste besteht auf diesem Gebiete für die protestantischen Einrichtungen! Sie werden zugeben, m. H., das ist eine einleuchtende Disparität zu unseren Ungunsten. Ich könnte das ja weiter ausführen. Auch alle diejenigen polizeilichen Beschränkungen, denen unsere Ordensniederlassungen unterworfen sind, existieren nicht auf protestantischem Gebiete.

Es besteht auch noch das Gesetz betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinden an dem kirchlichen Vermögen, — selbstredend an dem kirchlichen Vermögen des römisch-katholischen Volksteils, — vom 4. Juni 1874. Es besteht heute noch unverändert die Möglichkeit der Verfügung über katholisches Kirchenvermögen zugunsten altkatholischer Gemeinden im Verwaltungswege, wenn eine „erhebliche Anzahl" Gemeindemitglieder einer altkatholischen Kirchengemeinschaft beigetreten sind. Sie werden antworten, m. H., daß diese Gesetzesbestimmung obsolet ist; ich möchte es auch annehmen, wenn sie auch noch thatsächlich besteht. Aber sie äußert doch heute noch ihre Nachwirkung in der Art, daß auf Grund dieses Gesetzes heute noch eine ganze Reihe katholischer Kirchen in den Händen von altkatholischen Gemeinden sind, die nicht den zehnten Teil an Gemeindemitgliedern umfassen, (hört! hört!) als diejenigen katholischen Gemeinden, denen um dieses ungeheuer kleinen Teils von Altkatholiken willen ihre Kirche entzogen worden ist. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich meine, auch hier könnte endlich wohl ein Gesetzentwurf ins Auge gefaßt werden zur Abstellung dieser Ungerechtigkeit. Diese Disparität ist eine Disparität zu Ungunsten der katholischen Kirche und zugunsten der Altkatholiken. Dadurch wird sie aber nicht besser, und, m. H., Sie werden auch hier wieder die Frage gestatten: wo besteht etwas Aehnliches zu Ungunsten der protestantischen Kirche? Halten Sie es für möglich, daß man auf protestantischem Gebiete ein Gesetz macht, das zugunsten einer ganz kleinen Denomination, die sich abgesplittert von der protestantischen Landeskirche, und zu Ungunsten einer Gemeinde der protestantischen Landeskirche einen Mitgebrauch einen Mitanteil am Vermögen der Gemeinde ermöglicht? Sie werden sagen: nein, und auch wir sagen: nein, — und wenn es vorgeschlagen würde, werden wir auf Ihrer Seite stehen, um es zu verhindern. Darum unsere Bitte, meine Herren: stehen Sie auch auf unserer Seite, daß diese Ungerechtigkeit zu unsern Ungunsten aus der Welt geschafft werde. (Bravo! im Centrum.)

Meine Herren, sehen wir uns nun den gegenwärtigen Etat an, speziell den Kultusetat. Eine Ungerechtigkeit, über die wir seit langer Zeit geklagt haben, wird durch denselben beseitigt, die Ungerechtigkeit nämlich, daß das Jahreseinkommen der katholischen Geistlichen bisher vom Tage der Ernennung zu einem Pfarramte, anstatt vom Tage der Ordination an gerechnet wurde, ohne Berücksichtigung des Umstandes, daß bei den Protestanten Ordination und Eintritt in das Pfarramt regelmäßig zusammenfallen, während bei den Katholiken längere Jahre, oft 10, 12 und noch mehr Jahre dazwischen liegen. Dieser Ungerechtigkeit wird im jetzigen Etat abgeholfen, und ich danke dem Herrn Minister dafür, daß er seine Hand dazu geboten hat; ich danke auch den anderen Parteien des Hauses dafür, die dem jetzigen Vorschlage des Herrn Ministers beipflichten werden.

Aber, m. H., wenn wir nach dieser Richtung Ihnen dankbar sind, so überhebt uns das doch nicht der Pflicht, darauf hinzuweisen, daß auf zahlreichen anderen Gebieten des Etats doch große Ungleichheiten zu Ungunsten des katholischen Volksteiles bestehen bleiben. Ich weise darauf hin, daß das im Wege der Bedürfniszuschüsse zu ergänzende Jahreseinkommen der evangelischen Pfarrer im Anfangsgehalt auf 2400, das der katholischen auf 1800 M. normiert ist, daß die Alterszulagen für die evangelischen Geistlichen 300, für die katholischen 150 M. betragen, daß das Maximum dieses Gehaltes für die protestantischen Geistlichen 3600 M., für die katholischen 2400 M. beträgt.

Ja, m. H., ich weiß, was Sie mir antworten werden. Sie sagen: die katholischen Geistlichen sind nicht verheiratet, die protestantischen wohl. Das ist aber doch ein Gesichtspunkt, der hier in der Volksvertretung auf dem Boden des Budgetrechts nicht wohl in Betracht gezogen werden kann. (Oho! rechts.) Wir haben das auch schon früher geäußert. Wenn Sie „Oho!" sagen, dann gestatten Sie mir eine kleine Abschweifung. Wo besteht denn auf anderen Gebieten der Regelung der Gehälter — unsere Geistlichen sind ja keine Beamten, aber man darf das hier per analogiam doch anführen — eine derartige Unterscheidung? Meine Herren, ich weise Sie darauf hin, daß nicht einmal auf dem Gebiete des Wohnungsgeldzuschusses für die staatlichen Beamten ein solcher Unterschied besteht. Der Wohnungsgeldzuschuß ist doch da, um ein Bedürfnis zu befriedigen; man könnte sagen: ein Verheirateter hat ein größeres Wohnungsbedürfnis als ein Unverheirateter. Trotzdem sind aber die Wohnungsgeldzuschüsse für verheiratete und unverheiratete Beamte vollständig dieselben. (Sehr richtig! im Centrum.) Es wird auch kein Unterschied gemacht bei den Militärgeistlichen; warum macht man also diesen Unterschied bei den kathol. Pfarrern?

M. H., ich verstehe sehr wohl, daß Ihnen dieser Gesichtspunkt nicht recht bequem ist; aber Sie sollten sich doch auf einen objektiven Standpunkt stellen! Dann werden Sie mit uns anerkennen müssen, daß wir das Recht haben, auf dem gesamten Gebiete der staatlichen Gehälter oder Bedürfniszuschüsse für unsere Geistlichen genau dasselbe zu verlangen, was Sie für Ihre protestantischen Geistlichen verlangen, und was wir für Ihre protestantischen Geistlichen auch bewilligen.

Meine Herren, Sie wollen dabei berücksichtigen, daß die Pflicht des Staates unseren katholischen Geistlichen gegenüber auf ganz anderem Boden steht, als die Pflicht des Staates gegenüber den protestantischen Geistlichen. (Sehr wahr! im Centrum.)

Es wird immer das Bedürfnis angeführt. Wenn es richtig wäre, daß ausschließlich das Bedürfnis maßgebend sein dürfte, dann möchte dieser Standpunkt auf den ersten Blick wohl einen Schein von Recht für mich haben, aber so liegt die Sache nicht. Wenn wir von seiten des Staates ausgiebige Gehälter für unsere katholischen Geistlichen verlangen, so verlangen wir sie auf Grund der Thatsache, daß die katholischen Kirchengüter im Anfang dieses Jahrhunderts in großem Maße von dem Staate säkularisiert worden sind, und daß noch heute der weitaus größte Teil dieser säkularisierten Kirchengüter in den Händen des Staates liegt, der die Nutzung davon hat. Auf Grund dieser Nutzung, die seit Anfang dieses Jahrhunderts enorm gestiegen ist, stellen wir unsere Forderung auf. Wären damals der katholischen Kirche ihre Güter belassen worden, die in die Hände des Staates übergegangen sind, so unterliegt es keinem Zweifel, daß das Einkommen der katholischen Geistlichen mindestens auf demselben Stande wäre, wie das Einkommen der protestantischen Geistlichen. Das ist nicht geschehen, meine Herren: aber der Rechtstitel bleibt, und der Rechtstitel ist auch anerkannt worden in dem Augenblicke, wo diese Güter säkularisiert worden sind; und auf Grund dieses Rechtstitels kann kein Mensch, der recht und billig denkt, es bestreiten, daß wir einen fundierten Rechtsboden haben, wenn wir diese Forderung aufstellen. (Sehr richtig! im Centrum.) Früher, das heißt vor 20 bis 30 Jahren, wurde auf diesem Gebiete von seiten der protestantischen Kollegen dieses Hauses zuweilen moniert, daß eine Disparität zu Ungunsten der Protestanten vorliege. Es ist richtig, daß früher die Leistungen des Staates zu gunsten protestantisch-kirchlicher Zwecke in einem anderen und zwar schlechteren Verhältnisse standen zu den Leistungen für katholisch kirchliche Zwecke wie gegenwärtig. Aber, meine Herren, der Grund lag eben darin, daß die Güter der katholischen Kirche zum großen Teile sich in den Händen des Staates befinden, während die Güter der protestantischen Kirche nicht annähernd in dem Maße säkularisiert worden waren. Meine Herren, diesen Mangel — wenn ich hier von einem „Mangel" mit dem erwähnten Vorbehalt sprechen kann — ist abgeholfen worden, und zwar in einer Weise, daß auch hier ohne Zweifel jetzt eine Imparität zu Ungunsten der Katholiken sich ergeben hat. Nehmen wir einmal die Etats von 20 Jahren zurück, etwa den Etat von 1875, und vergleichen Sie ihn mit dem gegenwärtigen Etat von 1894/95; da ergiebt sich, daß in dieser Zeit die staatlichen Ausgaben für den evangelischen Oberkirchenrat von 101 000 Mark gestiegen sind auf 162 000 Mark, für die evangelischen Konsistorien von 850 000 Mark auf 1 215 000 Mark, für evangelische Geistliche und Kirchen von 1 230 000 Mark auf 1 609 000 Mk. (Hört, hört!) Demgegenüber sind die staatlichen Leistungen für die katholischen Bistümer und die zugehörigen Institute nur gestiegen von 1 242 000 Mark auf 1 256 000 Mark (Hört, hört!), also um ein ganz Kleines; und die Ausgaben des Staates in Kapitel 116, für katholische Geistliche und Kirchen, sind sogar zurückgegangen, von 1 351 000 Mark auf 1 300 000 M. (Hört, hört!) Dazu kommt, daß seit dieser Zeit für weitere Bedürfnisse der protestantischen Geistlichkeit Fonds neu geschaffen worden sind, von denen von vornherein zu gunsten des katholischen Volksteils und seiner Geistlichen keine Rede ist. Es ist ein Fonds geschaffen worden für Unterstützung von Witwen und Waisen von Geistlichen und Kirchenbeamten, selbstredend nur von protestantischen, — (Heiterkeit) und der beträgt heute 200 000 Mark. Es ist ein Fonds geschaffen worden für Vikariatseinrichtung in der evangelischen Kirche; er beträgt heute 200 000 Mark. Ein Fonds zur Vikariatseinrichtung in der katholischen Kirche ist nicht geschaffen worden. Der Fonds „Zuschüsse zu dem Pfarrerwitwen- und Waisenfonds" in der evangelischen Kirche ist in derselben Zeit gestiegen von 132 000 Mark auf 800 000 Mark. (Hört! hört!)

Sie werden zugeben, wenn man die Leistungen des Staates für protestantisch-kirchliche Zwecke in dieser Periode von 20 Jahren so weitgehend steigerte, da wäre es mindestens gerecht gewesen, auch dem Gebiete der Gehaltsregelung unserer Geistlichen dasselbe zu gewähren, was den protestantischen Geistlichen zugesagt worden ist.

Meine Herren, Sie wollen sodann den jetzigen Etat ansehen. In dem jetzigen Etat sind neu ausgeworfen für protestantisch kirchliche Zwecke nach einer Aufstellung, die ich hier habe, 44 990 Mark, für katholisch-kirchliche Zwecke 2570 Mark! (Hört, hört!) Meine Herren, die Imparität leuchtet ja ohne weiteres ein; ich füge kein Wort hinzu.

Ich gestatte mir hier eine kleine Reminiscenz, die mir gerade einfällt, anzuführen. Es ist uns vor zwei Jahren in diesem Hause der Wunsch vorgetragen worden, für die Errichtung eines protestantischen Domes in Berlin eine größere Summe herzugeben — 10 000 000 Mark. Wir Katholiken haben uns Ihrem Wunsche gefügt. (Abg. Parisius: Leider!) — Das „Leider" kommt von seiten der freisinnigen Partei; die Herren wollen gütigst gestatten, daß ich mich in diesen Dingen vorwiegend an diejenigen Herren wende, die so viel religiöses Gefühl haben, daß sie allerdings einen protestantischen Dom nicht von vornherein für überflüssig halten. Diesem protestantischen Gefühl stehen wir ja näher wie diejenigen Herren, welche alle Kirchen von vornherein als ein Uebel betrachten.

Meine Herren, wir haben damals Ihrem Wunsche uns gefügt, wir haben uns überzeugen lassen, daß ein protestantischer Dom allerdings ein wichtiger Wunsch des protestantischen Volksteils sei, und wir, meine ganze Fraktion, um Ihnen paritätisch entgegenzukommen, haben die 10 000 000 Mark nicht abgeschlagen. Aber, meine Herren, Sie werden doch anerkennen, daß das Bedürfnis, katholische Kirchen für Berlin zu schaffen, nicht geringer ist, als das Bedürfnis war, einen protestantischen Dom für Berlin zu schaffen. Sie sehen auch die gewaltigen Anstrengungen, welche die Katholiken im Lande Preußen und über Preußen hinaus machen, um für Berlin die notwendige Anzahl Kirchen ihrer Konfession zu schaffen. Nirgendwo im ganzen Lande ist die Kirchennot für die Katholiken so groß, wie in der Reichshauptstadt Berlin.

Ich will auf die historische Entwickelung dieser Verhältnisse nicht eingehen; die Thatsache wird keiner von Ihnen leugnen. Wir haben den Wunsch, unseren Katholiken in Berlin, die vorwiegend Arbeiter, Leute geringen Vermögens sind, Kirchen zu schaffen, um zu ermöglichen, sie in ihrer Religion zu bestärken und sie gleichzeitig als gute Christen und als gute Staatsbürger zu erhalten. (Sehr wahr! im Centrum.) Wir wollen nicht, daß sie der Socialdemokratie anheimfallen, — und darum unsere gewaltigen Anstrengungen, katholische Kirchen in Berlin zu schaffen! Ja, meine Herren, wenn wir Ihnen zehn Millionen für einen protestantischen Dom bewilligt haben, da ist es doch gewiß keine unbescheidene Bitte, daß von seiten der Staatsregierung und von seiten derjenigen Parteien, denen diese Bewilligung zugute kam, auch uns ein Zuschuß bewilligt werde zum Bau derjenigen kath. Kirchen in Berlin, die unbedingt notwendig sind. (Sehr gut! im Centrum.) Bisher ist ja von einer derartigen Forderung nicht die Rede, vielleicht finden wir aber auch für diese Forderung, die gewiß nicht ungerecht ist, sowohl das Gehör in den Kreisen des Kultusministeriums, als auch das Gehör auf Seiten anderer Parteien dieses Hauses, so daß nach dieser Richtung hin uns gegenüber vielleicht dasjenige geschieht, was wir für gerecht und billig halten.

Meine Herren, ich komme sodann auf einige Punkte, die auf dem Gebiete der Verwaltung liegen, nicht auf dem Gebiete der Gesetzgebung, und in diesen Punkten muß ich mich zunächst an die Königliche Staatsregierung wenden. Es ist eine zugestandene Thatsache, daß von denjenigen Fonds unseres Etats, welche gemischter Natur sind, welche gleichzeitig für katholische und protestantische Zwecke ausgeworfen werden, weit mehr für protestantische Zwecke ausgegeben wird, als dem Verhältnis des protestantischen Volksteiles entspricht. Es ist uns geantwortet worden, die Katholiken stellen nicht diese Anforderungen. Das kommt daher, daß die Katholiken eine gewisse Scheu haben; es bleibt bei uns aber der Wunsch bestehen, und er ist gewiß nicht unbillig, daß auch diesem möglichst die Parität gewahrt werde. Sie würde ohne Zweifel gewahrt werden, wenn von seiten der Staatsregierung, was auch früher schon hier befürwortet worden ist, in jedem Jahre eine Nachweisung gegeben würde, wie diese Fonds auf Katholiken und Protestanten verteilt werden. Dann würden die Katholiken vielleicht weniger Scheu haben, an die Staatsregierung mit Wünschen heranzutreten; wenn sie aus dieser Veröffentlichung sehen würden, daß sie allerdings ein gutes Recht haben, mehr zu verlangen, als bisher verlangt worden ist, so würde auf diesem Wege unseren Beschwerden abzuhelfen sein.

Meine Herren, Sie erinnern sich auch unserer häufigen Wünsche in Sachen der Missionspfarreien. Wenn in protestantischen Gegenden eine kleinere oder größere Anzahl Katholiken sich allmählich zusammenfinden — die Entwickelung des Verkehrs bringt es ja mit sich, und wir müssen mit solchen Verhältnissen rechnen, — so haben unsere Bischöfe das Bestreben, dort Pfarreien zu errichten. Aber weil diese Pfarreien nicht in alleweg den kanonischen Vorschriften entsprechen, weil man nicht von vornherein Kirche, Schule und Pfarrhaus hat, erhalten sie den technischen Titel Missionspfarreien. An diesen Ausdruck stößt man sich, meine Herren, und stößt sich auch die Staatsregierung, um diese Missionspfarreien auf dem Gebiete der Gehaltsregulierung anders zu behandeln als die festfundierten Pfarreien. Auf dem Gebiete der protestantischen Kirche ist das anders. Wenn in katholischen Landesteilen eine, wenn auch oft recht kleine, Anzahl protestantischer Volksgenossen sich zusammenfinden, dann wird keine Missionspfarrei errichtet, sondern dann wird sofort eine „Pfarrei" errichtet, die wesentlich dasselbe ist, wie katholische Missionspfarrei (sehr richtig! im Centrum), die aber einfach den Titel „Pfarrei" bekommt und dann sofort von seiten der Königlichen Staatsregierung mit Gehalt ausgestattet wird. (Sehr wahr! im Centrum.)

Daher bleibt unser Wunsch, daß die Königliche Staatsregierung sich an dem technischen Ausdruck „Missionspfarrei" nicht weiter stoßen wolle, sondern ihnen dasselbe bewilligen, was den Protestanten unter gleichen Verhältnissen bewilligt wird. Man wird mir antworten: es werden katholische Missionspfarreien errichtet, manchmal unter Verhältnissen, wo protestantische Pfarreien nicht würden errichtet werden. Gut! Wenn in diesem Punkte ein Unterschied bleibt, dann wollen wir das nicht beschweren. Aber wo wir — und wir sind in vielen Fällen in der Lage, einen Vergleich zu ziehen — sagen: hier würde für eine gleiche Anzahl katholischer Volksgenossen, wenn es Protestanten wären, eine protestantische Pfarrei errichtet werden, da wünschen wir die gleiche Behandlung für unsere Pfarreien, auch wenn sie den Titel „Missionspfarreien" haben. (Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, in jüngster Zeit hat eine Verfügung der Koblenzer Regierung in unseren Kreisen recht unangenehmes Aufsehen erregt, eine Verfügung, wodurch die untergeordneten Behörden angewiesen wurden, wenn sie für katholische Geistliche Badereisezuschüsse verlangten, Zuschüsse, die auf Grund gewisser Fonds beansprucht werden können, die wir ja regelmäßig im Etat bewilligen, daß sie nicht nur, wie der Minister es verlangt hatte, über die Vermögensverhältnisse dieser Geistlichen Mitteilungen zu machen hätten, sondern daß sie gleichzeitig „über die politische Stellung (hört! hört! im Centrum) der betreffenden Geistlichen sich äußern, insbesondere auch berichten sollten, ob der Gesuchsteller etwa bei den jetzigen Wahlen agitatorisch gegen die Staatsregierung aufgetreten ist." (Hört! hört! im Centrum.)

Ueber die materielle Berechtigung dieser Verfügung sage ich in diesem Augenblicke nichts. Aber darauf darf ich wohl mit Ihrer Erlaubnis hinweisen, daß solche Verfügungen im preußischen Staate nur denkbar sind gegenüber katholischen Geistlichen. (Sehr wahr! im Centrum.) Haben Sie jemals eine derartige Verfügung gelesen gegenüber protestantischen Geistlichen? oder wollen Sie wagen, zu behaupten, daß dies auch nur möglich sei gegenüber protestantischen Geistlichen? Es hat in den Zeitungen gestanden, daß diese Verfügung ergangen sei ohne Vorwissen und ohne Willen des Kultusministers. Bei dem Wohlwollen, das wir von seiten des jetzigen Vertreters des Kultusministeriums zu finden gewohnt sind, zweifle ich daran keinen Augenblick; aber es wäre doch wünschenswert, daß von seiten des Kultusministeriums auch die unteren Organe angewiesen würden, nicht derartige Verfügungen zu erlassen, die ohne Zweifel nach meiner Ueberzeugung der Intention des jetzigen Herrn Kulusministers nicht entsprechen.

Meine Herren, ich darf Sie sodann auch hinweisen auf die Ausführung, welche das Jesuitengesetz von seiten der preußischen Regierung findet. Ueber das Jesuitengesetz selbst reden wir hier ja nicht; es gehört zur Kompetenz des Reichstags. Aber die Ausführung dieses Gesetzes durch preußische Organe, durch preußische Verwaltungsbehörden gehört hierher, sobald sie dem Wortlaut und dem Sinn dieses Gesetzes widerspricht, und das liegt zweifellos in manchen Fällen vor. Ich erinnere Sie nur daran, daß Vorträge von Jesuiten, die ja keineswegs generell untersagt sind, aus dem Grunde untersagt worden sind, weil es „religiös-wissenschaftliche" Vorträge waren. Es waren Vorträge, wo für gebildete Katholiken die wissenschaftliche Seite der Religion gepflegt werden sollte, eine Thätigkeit, die ganz gewiß keine „Ordensthätigkeit" ist. Sie sind untersagt worden auf Grund des Jesuitengesetzes. In einem Falle ist man sogar soweit gegangen, rein wissenschaftliche Vorträge gegen den Socialismus zu untersagen, (hört! hört! im Centrum), lediglich aus dem Grunde, weil diese Vorträge von Jesuiten gehalten wurden. Ja, meine Herren, Sie werden ja unsere Gefühle verstehen, wenn wir wenigstens den Wunsch haben, daß, so lange das Jesuitengesetz besteht, es nicht schärfer ausgeführt werde, als nach dem Wortlaut und Sinn desselben unbedingt notwendig ist. (Sehr wahr! im Centrum.)

Fragen Sie sich nur selber, wenn irgend einem protestantischen Pfarrer, einem protestantischen Gelehrten aus dem Grunde rein wissenschaftliche Vorträge gegen den Socialismus oder etwa religiös-wissenschaftliche Vorträge untersagt würden, weil er irgend einem Verein, irgend einem Bunde angehört, würden Sie das erträglich finden? Gewiß nicht, meine Herren; dann appelliere ich aber auch an Ihr Gerechtigkeitsgefühl, das Sie offen anerkennen, daß auch uns gegenüber solches nicht gerecht ist.

Meine Herren, ich komme nun zu einem Gebiet, das uns ganz speziell und sehr tief berührt, zu dem Gebiet der Schulen. Ich fange mit den Universitäten an. Ich weise Sie darauf hin, daß wir im preußischen Staat eine ganz lange Reihe von Universitäten haben, welche entweder stiftungsgemäßen oder thatsächlich einen rein oder nahezu rein protestantischen Charakter haben. Ich nenne Ihnen Halle, Greifswald, Kiel, Marburg, Königsberg, Göttingen. Dagegen haben wir keine einzige ganze Universität, welche einen rein katholischen Charakter hat. Wir haben zwei paritätische: Bonn und Breslau; wir haben daneben zwei Akademien, welche katholischen Charakters sind: Münster und Braunsberg. Aber die einzige, die wirklich rein katholisch ist,

ist Braunsberg, aus dem Grunde, weil sie nur für die Vorbildung katholischer Theologen bestimmt ist.

Meine Herren, was die Akademie in Münster angeht, so ist sie stiftungsgemäß katholisch, aber jeder, der die Verhältnisse dieser Universität kennt, wird sagen, daß bei dieser „katholischen“ Akademie der katholische Charakter durch Ernennung protestantischer Dozenten weit mehr tangiert worden ist, als bei der ganzen Reihe protestantischer Universitäten, die ich Ihnen zu nennen die Ehre hatte, der protestantische Charakter. Meine Herren, warum erweitert man die katholische Akademie in Münster nicht zu einer vollständigen Universität? Westfalen ist derjenige Landesteil, der weitaus die meisten Studierenden liefert. Nirgendwo würde es gerechter sein, eine vollständige Universität zu haben, als in Westfalen. Westfalen ist zudem die einzige Provinz im preußischen Staat, die keine volle Universität hat. (Rufe bei den Polen: Posen, Westpreußen!) (Heiterkeit.)

Ja, lassen Sie mich erst meinen Nachsatz sagen. Westfalen ist die einzige Provinz im preußischen Staat, welche keine katholische vollständige Universität hat, ohne daß mit Recht oder mit Unrecht — das lasse ich hier dahingestellt — spezielle Gründe dafür angeführt werden können. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Herren riefen mir zu: Posen! Meine Herren, ich erkenne von meinem Standpunkte aus diese Beschwerde vollständig an. Die Herren aus Posen haben vollständig Recht, wenn sie auch für sich eine Universität, und zwar katholischen Charakters, verlangen. Hier werden aber wenigstens Gründe angeführt. Das sind eben die Gründe des Polentums. Ich erkenne sie nicht an; ich habe schon häufig von dieser Stelle aus über die Frage gesprochen, und die Herren werden es mir glauben, daß ich aus antipolnischer Gesinnung Posen nicht überschlage. (Bravo bei den Polen!) Man nennt auch Westpreußen. Ja, meine Herren, da kann man anführen, daß Westpreußen erst seit kürzerer Zeit von Ostpreußen getrennt ist, daß Westpreußen und Ostpreußen lange Zeit eine Provinz waren. Da hatte diese Provinz eine vollständige Universität in Königsberg. Für Westfalen liegt die Sache aber so, daß meines Erachtens von keiner Seite und unter keinem Vorwande die Imparität zu Ungunsten der Katholiken bestritten werden kann. (Sehr richtig! im Centrum.) Warum wollen Sie denn nicht die Möglichkeit gewähren, da Sie eine solche Anzahl protestantischer Universitäten haben, mit gleichen Waffen gegen Sie zu kämpfen, indem Sie uns mindestens eine rein katholische Universität gewähren? (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich komme zu den Gymnasien. Wir haben ja eine Reihe stiftungsgemäßer katholischer Gymnasien; die Protestanten haben auch eine Anzahl protestantischer stiftungsgemäßer Gymnasien. Aber, meine Herren, das werden Sie uns zugeben, daß es Ihnen gelungen ist, im Verhältnis eine weit größere Anzahl konfessioneller Gymnasien sich zu bewahren, als das uns gelungen ist. Unsere katholischen Gymnasien sind durch Hineinschiebung protestantischer Lehrkräfte viel mehr in ihrem Charakter verändert, als das auf Seiten des protestantischen Volksteils geschehen ist. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich komme zum Gebiet der Volksschule. Die Herren erinnern sich alle der zahlreichen Beschwerden, die im Hause hier und auch in der Presse vorgetragen worden sind darüber, daß katholische Privatschulen anders behandelt worden sind als die protestantischen, daß selbst Privatschulen von 300 katholischen Kindern in protestantischen Landesteilen nicht auf den Kommunaletat übernommen wurden. Ich weiß ja wohl, daß hier der Fehler an den Kommunalbehörden liegt. In erster Linie ist der Staatsbehörde kein Vorwurf daraus zu machen.

Aber eine Imparität ist es und bleibt es auf alle Fälle. Haben Sie jemals gehört, daß eine katholische Gemeinde sich geweigert hat, eine protestantische Privatschule mit 300 Kindern auf den Kommunaletat zu übernehmen? (Hört! hört! im Centrum.) Niemals, meine Herren! Nicht in einem einzigen Falle werden Sie auch nur annähernd ein solches Beispiel anführen können. Meine Herren, woher kommt das? Es liegt einerseits ohne allen Zweifel an dem größeren Entgegenkommen der Gemeindeverwaltungen in katholischen Gegenden, — anderseits — nehmen Sie es mir nicht übel — haben wir auch das Gefühl, daß, wenn diese Beschwerde auf Seiten der Protestanten läge, von seiten der Regierung eine noch größere Energie geübt worden wäre, um diesem Mißstande Abhülfe zu schaffen. Ich erkenne an, daß in dem Fall, von dem ich eben sprach — es ist der Fall von Friedrichsberg — die Regierung bisher nichts versäumt hat. ich erkenne durchaus an, daß hier die Regierung, sowohl der Herr Kultusminister wie der Herr Oberpräsident von Brandenburg, bemüht gewesen ist, die Gerechtigkeit für die Katholiken durchzusetzen. Aber, meine Herren, davon bin ich doch überzeugt, wenn die Sache umgekehrt gewesen wäre, wäre es der Regierung längst gelungen, Abhülfe zu schaffen, während wir bei dieser Schule in Friedrichsberg jetzt erst im Anfange des Gelingens stehen.

Ich erinnere Sie sodann, meine Herren, an die zahlreichen Beschwerden, die wir Ihnen vorgetragen haben, über die Neueinrichtungen von Volksschulen, Beschwerden, die in der krassesten Weise ja in Westpreußen vorliegen, in ähnlicher Weise aber auch in anderen Landesteilen. In Westpreußen — Sie haben ja früher die detailliertesten Mitteilungen erhalten, und wenn Sie es wünschen, sind wir in der Lage, es Ihnen nochmals detailliert vorzutragen — in Westpreußen wurden und werden noch protestantische Schulen errichtet, wo weitaus die Mehrzahl der Kinder katholisch ist, und es werden paritätische errichtet, wo nur eine ganz verschwindende Minderzahl protestantisch ist. Ja, meine Herren, auf katholischem Gebiet finden Sie nicht annähernd etwas Derartiges. Nirgendwo werden Sie finden, daß, wo eine Mehrzahl der Kinder protestantisch war, eine katholische Schule eröffnet worden ist, oder wo eine verschwindende Anzahl Kinder katholisch war, trotzdem eine paritätische Schule errichtet worden ist; nein, hier läßt man überall dem protestantischen Volksteil sein Recht. Aber, meine Herren, dann bitte bewilligen Sie uns auch dies Recht. (Bravo! im Centrum!)

Ich komme zum Gebiet der Lokalschulinspektion. Auch hier haben wir Ihnen schon viele Klagen vorgetragen. Wollte ich diejenigen, die mir vorliegen, im einzelnen vortragen, so würde ich Ihre Geduld sehr lange in Anspruch nehmen müssen. Nur der generelle Satz, der ja auch nicht bestritten werden kann, möge hier Platz finden, daß die Lokalschulinspektion nahezu nirgendwo dem protestantischen Geistlichen entzogen ist, daß dagegen in sehr vielen Fällen die Lokalschulinspektion dem katholischen Geistlichen entzogen ist und bleibt. (Sehr richtig! im Centrum.) In manchen Fällen liegt auch hier die Schuld auf dem Gebiete der Kommunalverwaltungen. Um die Herren in medias res zu führen, wollen Sie mir gestatten, Ihnen direkt einen praktischen Fall anzuführen. In meinem Wahlkreise Crefeld, einer Stadt von über 100 000 Einwohnern, mit überwiegend katholischer Bevölkerung — sie hat 32 katholische und 8 evangelische Schulsysteme — liegt die Lokalschulinspektion über die evangelischen Schulen ausschließlich in den Händen der evangelischen Geistlichkeit, über die 32 katholischen Schulsysteme ist nicht ein einziger katholischer Geistlicher als Lokalschulinspektor zugelassen. (Hört! hört! im Centrum.) Ich wiederhole, meine Herren, hier liegt in erster Linie die Schuld auf Seiten der Kommunalverwaltung, in zweiter allerdings aber auch auf Seiten des Ministeriums, darauf komme ich gleich. Der Stadtschulinspektor in Crefeld, den der Stadtrat wählt, ist altkatholisch. Eine städtische Schuldeputation ist errichtet, und in dieser städtischen Schuldeputation, die über 32 katholische und 8 evangelische Schulsysteme zu wachen hat, sind zur Zeit 8 Protestanten: der altkatholische Schulinspektor und ein Katholik! (Hört! hört!) Der protestantische Geistliche hat Sitz und Stimme, nicht ein einziger katholischer ist zugelassen! (Hört! hört!)

Ich habe früher schon die Ehre gehabt, dem Herrn Minister diese Spezialbeschwerde vorzutragen; damals ist mir geantwortet worden, man beschäftige sich mit der generellen Regelung der Verhältnisse der städtischen Schuldeputationen. Auf Grund dieser Auskunft haben Crefelder katholische Stadtverordnete eine Petition an den Herrn Minister gerichtet mit der Bitte, in Crefeld schon vor dieser generellen Regelung einzugreifen. Es ist nämlich verlautbart worden, daß zur Zeit nur dort eingegriffen werden solle, wo ein „dringendes Bedürfnis“ vorliege; ein solches dringendes Bedürfnis liege in Crefeld nicht vor. (Hört! hört!)

Nun, meine Herren, frage ich Sie, wenn in einer ganz überwiegend protestantischen Stadt — nehmen Sie mal Königsberg — eine Schuldeputation bestände, in der acht Katholiken, ein Altkatholik und nur ein Protestant säßen, würde da auch die Regierung das „dringende Bedürfnis“ einer Abhülfe leugnen? Gewiß nicht, meine Herren! Hier braucht man aber gar keine Vergleiche zu ziehen; hier verlangt es die Gerechtigkeit, daß sofort eingegriffen und das Recht auch dem katholischen Volksteil gewährt würde.

Noch krasser liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Kreisschulinspektionen. Sie wissen, daß die Kreisschulinspektionen zum Teil im Hauptamt versehen werden, zum Teil im Nebenamt. Wo die Kreisschulinspektion im Nebenamt versehen wird, wird sie nahezu ausschließlich versehen von protestantischen Geistlichen. Wir sind damit vollkommen einverstanden und tasten nicht daran. Aber, meine Herren, wenn das für die protestantischen Geistlichen recht ist, muß es für die katholischen billig sein. Die katholischen Geistlichen sind aber mit ganz geringen Ausnahmen von der Kreisschulinspektion im Nebenamt ausgeschlossen. Ich habe hier eine sorgfältige Aufstellung, welche gemacht ist an der Hand des Centralblatts für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, Januar-Februarheft pro 1894, in Vergleichung mit dem Verzeichnis der protestantischen Geistlichen von Deutschland und mit katholischen Schematismen. Aus diesem Verzeichnis ergiebt sich, daß in ganz Preußen im Hauptamt 256 Kreisschulinspektorate versehen werden; darüber kann ich nichts sagen — nach gewissen Beobachtungen haben wir die Vermutung, daß unter diesen 256 Kreisschulinspektoren im Hauptamte auch ein ganz unverhältnismäßig größerer Teil protestantisch ist wie katholisch, aber das ist eine Vermutung, ich spreche sie mit allem Vorbehalt aus, substanziieren kann ich sie nicht. Dagegen kann ich wohl substanziieren, wie es aussieht auf dem Gebiet der Kreisschulinspektionen im Nebenamt. Wir haben ganze Provinzen, wo die Kreisschulinspektion ausschließlich oder nahezu ausschließlich im Nebenamt verwaltet wird und dann ausschließlich von protestantischen Geistlichen. Ich nenne Ihnen die drei Regierungsbezirke Stettin, Köslin, Stralsund in der Provinz Pommern, in denen nicht ein einziger Kreisschulinspektor im Hauptamt ist; ich nenne Ihnen Magdeburg, Merseburg, Erfurt, also die ganze Provinz Sachsen, in der nur zwei Kreisschulinspektoren im Hauptamt sind; ich nenne dann die hannöverschen Regierungsbezirke Hannover, Lüneburg, Hildesheim, Stade, Osnabrück, Aurich, in den zusammen ebenfalls nur zwei Kreisschulinspektoren im Hauptamte sind, — alle anderen sind im Nebenamt und zwar durchweg protestantische Geistliche. In katholischen Gegenden finden Sie nichts Entsprechendes. Insgesamt sind im preußischen Staat nach dieser Aufstellung, die jeder der Herren kontrolieren kann in Verbindung mit diesem Centralblatt, wo für jeden einzelnen Geistlichen die Konfession nach den Quellen, die ich eben anführte, angemerkt ist, so daß diese Aufstellung nur in kleinem Verhältnisse allerhöchstens Irrtümer aufweisen kann — nach dieser Aufstellung sind in ganz Preußen evangelische Geistliche betraut mit dem Kreisschulinspektorat im Nebenamt 845, katholische Geistliche noch nicht 50. (Hört! hört! im Centrum.) Ja, meine Herren, können Sie sich eine krassere Disparität denken? 850 zu rund 50! Wenn die protestantischen Geistlichen das Kreisschulinspektorat im Nebenamt verwalten können; dann sind ganz gewiß unsere katholischen Geistlichen auch dazu imstande; und wenn die Regierung zu den protestantischen Geistlichen das Vertrauen hat, daß sie dies Kreisschulinspektorat zu Nutz und Frommen der Familie, der Kirche, des Staates verwalten, warum hat sie nicht dasselbe Vertrauen auch zu unseren katholischen Geistlichen? (Sehr richtig! im Centrum.) Die Vergangenheit unserer katholischen Geistlichen und die Liebe und Aufopferung derselben für die Schule verbürgt in jeder Weise, daß sie dieses Amt in derselben Weise, mit demselben Nutzen werden ausfüllen können, wie es die protestantischen Geistlichen ausfüllen. (Bravo!)

Meine Herren, Sie werden nun fragen: wie kommt es, daß solche Verhältnisse sich haben entwickeln können? Wenn Sie anschauen, welche Beamte über diese Dinge zu entscheiden haben, dann werden Sie es erklärlich finden. Sie wollen nur folgende Mitteilungen entgegennehmen. Sie wissen, daß bei den einzelnen Regierungen, deren wir 36 im preußischen Staate haben, die Kirchen- und Schulsachen von einer besonderen Abteilung wahrgenommen werden, und zwar von Abteilung II. Dieser Abteilung II steht regelmäßig ein Oberregierungsrat als Dirigent dieser Abteilung vor. Von sämtlichen Oberregierungsräten, welche Dirigenten der Kirchen- und Schulabteilungen bei den Regierungen sind, ist nun nicht ein einziger katholisch, (Hört! hört! im Centrum) sie sind alle ohne Ausnahme protestantisch. Diese Oberregierungsräte haben in allen Regierungsbezirken ohne alle Ausnahme einen protestantischen Schulrat zur Seite, einen katholischen Schulrat durchaus nicht in allen Regierungsbezirken; nur in solchen Regierungsbezirken, wo schon eine einigermaßen erhebliche katholische Bevölkerung sich findet!

Ueber diesen Schulabteilungen stehen die Regierungspräsidenten, und sie haben in letzter Linie natürlich die Entscheidungen über dasjenige, was die Schulabteilungen vorschlagen. Meine Herren, auch hier findet sich wieder dasselbe. Von den sämmtlichen 36 Regierungspräsidenten in Preußen sind im ganzen 33 protestantisch, nur zwei katholisch und einer gehört der griechisch-katholischen Religion an. (Hört! Hört! im Centrum).

Ja, meine Herren, ist es da ein Wunder, daß die katholischen Kirchen- und Schulverhältnisse von vornherein, wenn ich so sagen darf, durch eine naturgemäß gefärbte Brille betrachtet werden? Bei den Oberpräsidenten ist es noch schlimmer. Von den sämtlichen Oberpräsidenten ist zur Zeit nicht ein einziger katholisch. (Hört! Hört! im Centrum). In meiner Heimatprovinz, im Rheinland, die mehr als zu $^2/_3$ katholisch ist, ist kein katholischer Oberpräsident gewesen, solange das Rheinland preußisch ist. (Hört! Hört! im Centrum). Und von Schlesien, einer Provinz, die noch sehr viel länger bei Preußen ist, die ebenso eine ganz überwiegend katholische Bevölkerung hat, ist mir dasselbe mitgeteilt worden, daß dort noch niemals ein katholischer Oberpräsident gewesen ist. (Hört! Hört! im Centrum). Von Westpreußen, das ja auch eine überwiegend katholische Bevölkerung hat, oder gar von Posen, wage ich gar nicht zu reden. (Heiterkeit). Auch in diesen Provinzen wäre es ja richtig, wenigstens von Zeit zu Zeit einen katholischen Oberpräsideuten zu haben. Aber darüber sprechen wir uns weiter, wenn wir wieder die Polenfrage funditus hier erörtern wollen.

Meine Herren, ganz ähnlich sind die Verhältnisse im Kultusministerium. Der Herr Kultusminister ist protestantisch. An seiner Person haben wir nichts auszusetzen; er kommt uns mit Vertrauen entgegen, und wir kommen ihm mit Vertrauen entgegen, und wir sind beiderseits bemüht, das gute Verhältnis, das zur Zeit besteht, zur Besserung der vorliegenden Verhältnisse zu verwerten. Aber, meine Herren, es wäre uns doch erwünscht, wenn der Herr Kultusminister in der Lage wäre, häufiger katholische Dinge durch katholischen Mund vorgetragen zu hören. Im Kultusministerium ist aber nicht nur der Minister, auch der Unterstaatssekretär und sämtliche drei Ministerialdirektoren protestantisch; 40 Räte sind protestantisch; nur 4 Räte sind katholisch. (Hört! Hört! im Centrum). Ich will die Details des Kultusministeriums hier nicht ausführen. Vielleicht ergiebt sich dafür eine spätere Gelegenheit.

Meine Herren, über dem Kultusministerium giebt es nun für die Entscheidung der katholischen Schulangelegenheiten nur noch das Staatsministerium. Im Staatsministerium ist der Ministerpräsident protestantisch, der Stellvertreter desselben, die sämtlichen acht Minister und die sämtlichen neun Unterstaatssekretäre ebenso. (Hört! Hört! im Centrum).

Von den sämtlichen Ministerialdirektoren in den gesammten Ministerien sind siebzehn protestantisch und nur drei katholisch. Meine Herren, das katholische Schulwesen wird also beurteilt in erster Linie von einem protestantischen Ministerpräsidenten, von einem protestantischen Staatsministerium, von einem protestantischen Kultusminister, von einem protestantischen Unterstaatssekretär im Kultusministerium, von drei ausschließlich protestantischen Direktoren im Kultusministerium, von ausschließlich protestantischen Oberpräsidenten, von nahezu ausschließlich protestantischen Regierungspräsidenten und von wieder ganz ausschließlich protestantischen Abteilungsdirektoren bei den einzelnen Regierungen! (Hört! Hört! im Centrum.) Können Sie sich wundern, daß solche Dinge sich entwickelt haben, wie ich die Ehre hatte, sie ihnen vorzuführen? Ich könnte Ihnen nun, meine Herren, an der Hand meiner Notizen über die einzelnen Provinzen, die eine überwiegend katholische Bevölkerung haben, ziemlich genaue Mitteilungen machen, und alle diese Mitteilungen würden auf dasselbe hinauskommen, daß die katholischen Angelegenheiten nahezu ausschließlich von protestantischen Beamten verwaltet werden, und daß die protestantischen entscheidenden Behörden nur in außerordentlich wenigen Fällen in der Lage sind, sich auf den Beirat von Katholiken stützen zu können. Ich will sie Ihnen nicht vortragen; ich sehe, es ist schon sehr spät geworden. (Widerspruch.) Ja, wenn die Herren das hören wollen — Herr Graf zu Limburg-Stirum hat die Freundlichkeit, zu nicken; ich nehme an, daß also dem Herrn Grafen zu Limburg-Stirum an einer sachgemäßen ruhigen Erörterung dieser Frage gelegen ist; ich thue ihm also den Gefallen, diese Dinge auch noch vorzutragen. (Große Heiterkeit.)

Fangen wir an mit meiner Heimatsprovinz, mit der Rheinprovinz; sie hat 1 295 000 Protestanten, 3 151 000 Katholiken; das Oberpräsidium in Coblenz ist ganz protestantisch bis auf einen Regierungsassessor, (Heiterkeit) der Oberpräsident ist protestantisch, sein Stellvertreter ist protestantisch, der Regierungsrat, der Justiziar und drei Assessoren sind protestantisch und dagegen wie bemerkt, nur ein Assessor katholisch. Im Provinzialschulkollegium, was uns immer am nächsten berührt, ist der Regierungspräsident, der Direktor protestantisch, auch der Justiziar ist protestantisch; von den sämtlichen Mitgliedern sind in dieser Provinz, die so überwiegend katholisch ist, sieben Mitglieder protestantisch und nur zwei Schulräte katholisch. (Hört! hört! im Centrum.) Ich komme zu Westfalen; es hat 1 152 000 Protestanten, 1 250 000 Katholiken. Das gesamte Oberpräsidium ist protestantisch bis auf einen einzigen katholischen Regierungsrat, der Oberpräsident, der Oberpräsidialrat, ein Regierungsrat, ein Hülfsarbeiter sind protestantisch. Das Provinzialschulkollegium ist in seinen leitenden Behörden: Präsident, Direktor und Justiziar ganz protestantisch; sämtliche Regierungspräsidenten und sämtliche Oberregierungsräte der ganzen Provinz Westfalen sind protestantisch. (Hört, hört! im Centrum)

Ich komme zu Schlesien; es hat 1 921 000 evangelische Einwohner, 2 247 000 katholische. Von den sämtlichen 61 Landräten dieser ganz überwiegend katholischen Provinz sind 5 katholisch, 56 protestantisch. (Hört! hört! im Centrum.) Von den 3 Regierungspräsidenten ist einer katholisch, einer protestantisch, einer griechisch-katholisch. Von den Stellvertretern der Regierungspräsidenten und von den Oberregierungsräten sind wieder im ganzen 12 protestantisch und einer wahrscheinlich katholisch. (Heiterkeit.) Von den 47 Regierungsräten sind 38 protestantisch, 9 katholisch.

M. H., ich komme jetzt zu Posen, wieder mit der Einschränkung, die ich notgedrungen vorhin habe machen müssen. Aber selbst wenn Sie diese Einschränkung gelten lassen wollen, werden Sie zugeben, daß die Verhältnisse in Posen auf diesem Gebiete noch viel schlimmer sind, als derjenige überhaupt billig finden kann, der auf diese Verhältnisse das weitest gehende Gewicht legt. In Posen ist der Oberpräsident evangelisch, sämtliche Oberregierungsräte evangelisch, alle Landräte ausnahmslos protestantisch. (Hört! hört!( Dies geht sogar noch weiter herunter. Von den 27 Kreissekretären sind 26 protestantisch, einer katholisch. Die Einwohnerzahl beträgt 542 000 Evangelische, 1 164 000 Katholiken. Also in dieser Provinz, die weit mehr als zu zwei Dritteln katholisch ist, fängt die Vertretung des katholischen Teiles erst bei den Kreissekretären an, und auch da nur mit einem einzigen weißen Spatz. (Heiterkeit.) Das Provinzialschulkollegium ist selbstredend ganz protestantisch. Hier geht die Imparität noch weiter. Die Sache liegt nicht mehr auf diesem Gebiet, aber zur Charakteristik mögen die Herren mir gestatten anzuführen: von den Forstbeamten der Provinz Posen sind 101 protestantisch, 8 katholisch. Von den 33 Kreisphysici sind 19 evangelisch, 4 katholischen und 10 jüdisch. (Heiterkeit.)

Westpreußen, meine Herren: Es hat 681 000 evangelische, 717 000 katholische Einwohner. Von den 25 Landkreisen sind 16 überwiegend katholisch, niemals aber, so lange man denken kann, ist in diesen 16 überwiegend katholischen Landkreisen ein katholischer Landrat gewesen, (hört! hört! im Centrum) von den überwiegend protestantischen Landkreisen selbstredend ganz zu schweigen. Alle Regierungspräsidenten sind protestantisch und alle Oberregierungsräte sind protestantisch.

Meine Herren, das ist eine kleine Uebersicht über diese Dinge. Ich gebe von vornherein zu, daß sie in dem einen oder anderen Punkte nicht ganz richtig sein mag; es ist ja schwierig, genaue, exakte Statistiken über diese Dinge hier beizubringen; also ich gebe Ihnen von vornherein einen gewissen Prozentsatz von Irrtümern zu. (Widerspruch im Centrum.) — M. H., andere sagen „nein“. Ich persönlich habe auch die Auffassung, daß diese Statistiken richtig sind bis höchstens auf 1 Prozent, aber um die Basis unserer Verhandlung zu sichern, gebe ich Ihnen von vornherein einen erheblichen Prozentsatz zu, (erneuter Widerspruch im Centrum) obschon, m. H., das keinem Zweifel unterliegt, daß diese Angabe ohne Voreingenommenheit und ohne jede Parteilichkeit beschafft worden sind. Aber auch dann, m. H., werden Sie zugeben, das Gesamtbild kann durch noch so viel Irrtümer nicht alteriert werden, das Gesamtbild, daß der katholische Volksteil in den entscheidenden Behörden des preußischen Staates nur ganz minimal, nicht annähernd seiner Bedeutung entsprechend vertreten ist.

Sie werden fragen, m. H., woher kommt das? Sie werden ganz gewiß nicht die seichten Phrasen liberaler Blätter nachsprechen, die von einer allgemeinen Rückständigkeit der Ultramontanen deklamieren, um diese Erscheinung zu erklären. M. H., wir verhandeln hier im Abgeordnetenhause auf gleicher Basis, wir fühlen uns hier nicht rückständig, und ich glaube, Sie haben auch von uns nicht den Eindruck, daß wir auf irgend einem Gebiete an Intelligenz, an Energie, an Vaterlandsliebe oder sonstigen, staatsmännisch verwendbaren Eigenschaften Ihnen irgend etwas nachgeben. (Sehr gut! im Centrum.) M. H., wenn das der Fall ist, dann werden Sie von vornherein sagen: das kann kein Zufall sein, wenn in jenen Stellen, wo die Energie, die Intelligenz, die Vaterlandsliebe in erster Linie in Frage kommen, der katholische Volksteil beinahe gar nicht mitzureden hat. Woher kommt das? Es ist einigermaßen daraus zu erklären, daß die entscheidenden Behörden, welche über den jungen Nachwuchs zu entscheiden haben, nahezu ausschließlich protestantisch sind, nämlich die Regierungspräsidenten. Der Regierungspräsident nimmt die Regierungsreferendare an; er hat es in dieser untersten Stufe in der Hand, den Katholiken den Eintritt zu verweigern, den Protestanten den Eintritt zu gestatten.

Ich bin nun weit entfernt davon, zu behaupten, daß hier mit vorgefaßter Meinung oder mit Absicht vorgegangen würde; das will ich von vornherein zugeben. Es ist menschlich, daß ein protestantischer Regierungspräsident, wenn er die Auswahl hat zwischen Regierungsreferendarien, die sich melden, lieber diejenigen nimmt, die ihm von seinen protestantischen Verwandten und protestantischen Freunden oder von sonstigen protestantischen hervorragenden Leuten empfohlen sind, als Katholiken, die nach Lage der Sache nicht in der Lage sind, Empfehlungen von seiten katholischer Beamten beizubringen, weil eben die katholischen Beamten in so verschwindender Zahl vorhanden sind. Daran liegt es, daß unten schon die Pforte zugehalten wird gegenüber den Katholiken. Das ist eine Thatsache. Ich urgiere keinerlei böse Absicht; aber das werden Sie mir zugeben: diese Thatsache kann nicht bleiben, es muß Abhülfe geschaffen werden. (Sehr richtig! im Centr.)

Wir sind in unserem vollen Recht, wenn wir auf Abhülfe drängen. Diese Abhülfe kann geschaffen werden, wenn von oben die Direktive gegeben wird, wenn von seiten des Ministeriums den Regierungspräsidenten mitgeteilt wird: wir legen Wert darauf, daß auch die Katholiken zu diesen staatlichen Verwaltungsämtern nicht nur zugelassen, sondern auch herangezogen werden.

Meine Herren, vielleicht sagen Sie: das geht zu weit. Ich antworte: das geht nicht zu weit! Nach den Erfahrungen, die wir seit einer langen Reihe von Jahren gemacht haben, sagt sich jeder junge Katholik: in der Verwaltung kommst Du nicht voran. Wenn Sie die Anzahl der katholischen Regierungsräte und der katholischen Landräte vergleichen mit der Anzahl katholischer Beamten in höheren Stellen: Regierungspräsidenten, — dann werden Sie mir zugeben müssen: der Katholik hat auf diesem Gebiet weit weniger Chancen voranzukommen, als der Protestant. Meine Herren, dann verlange ich aber von der Königlichen Staatsregierung, daß sie Wandel schafft, daß sie den staatsmännischen Blick hat, zu sagen: es ist notwendig, daß der katholische Volksteil vertreten ist in der Regierung, und daß wir das Vertrauen der katholischen Volksteile dadurch gewinnen und erhalten, daß wir Männern unser Ohr geben bis in die höchsten Räte der Krone hinein, welche die Anschauungen des katholischen Volks zur richtigen Zeit energisch und richtig zu vertreten in der Lage sind. (Bravo! im Centrum.) Es ist ja eine allgemeine Beobachtung, daß hin und wieder Katholiken gut vorankommen, wenn sie eine protestantische Gemahlin haben und ihre Kinder protestantisch erziehen lassen. (Heiterkeit und Bewegung rechts.)

Meine Herren, ob das auf Absicht beruht, will ich hierauf nicht erörtern; die Thatsache werden Sie wohl kaum bestreiten. Nun fragen Sie sich umgekehrt, meine Herren, wenn ein Protestant eine katholische Frau hat und seine Kinder katholisch erziehen läßt, hat er da auch etwa besondere Chancen zum Vorankommen? Wenn ein Protestant das thut, so billigen wir das von unserem Standpunkt aus gewiß und begrüßen es, das gestehen wir ganz offen ein; es ist dasjenige, was unsere katholische Kirche verlangt und wir mit ihr verlangen. Aber wenn ein Protestant das thut, so stellen wir doch nicht die Anforderung, daß er deshalb ein Vertrauensmann der protestantischen Bevölkerung bleibt. Also, meine Herren, wenn Katholiken, die eine protestantische Frau, eine protestantische Kindererziehung haben, oder Katholiken, die sonst an ihrem Glauben nicht mehr hängen, die mehr oder weniger Taufsteinkatholiken sind, in höhere Aemter gelangen, so dürfen Sie uns das nicht anführen, denn das sind nicht Vertrauensmänner des katholischen Volkes. Was in einem paritätischen so stark gemischten Staate wie Preußen notwendig ist, ist ein vollständiges Vertrauen zwischen Regierung und Volk, und dieses Vertrauen kann nur hergestellt werden durch Katholiken in den höheren und höchsten Beamtenstellungen, welche auch voll und ganz das Vertrauen der katholischen Kirche verdienen.

Wir haben eine ganze Reihe von Protestanten in den höheren und höchsten Aemtern, welche nach dieser Richtung der protestantischen Bevölkerung volle Gewähr bieten, und unser Herr Kultusminister ist in dieser Beziehung ein leuchtendes Beispiel. Warum verweigern Sie uns einen derartigen Vertreter, welcher das Vertrauen zwischen Krone und Volk vermittelt? (Sehr richtig! im Centrum.) Wir würden nicht so mißtrauisch auf diesem Gebiete sein, wenn wir nicht einen Vergleich ziehen müßten mit anderen Ressorts, speziell dem Ressort der Justiz. Auf dem Gebiete der Justiz kann man niemanden den Eintritt verweigern. Man kann keinen katholischen Referendar zurückweisen, weil es unseren Gesetzen, den verfassungsmäßigen Einrichtungen so entspricht.

Hier nun zeigt sich — und auch darüber ist in der jüngsten Zeit durch die verdienstvolle Arbeit unserer Presse viel Material veröffentlicht worden — daß unter den Land- u. Amtsrichtern eine Anzahl Katholiken sich befindet, die nahezu dem Verhältnisse der Bevölkerung entspricht. In keiner Weise sind wir in der Lage, uns zu beklagen über die Anzahl der Katholiken unter den Amtsrichtern und Landrichtern. Aber, meine Herren, kommen Sie hinauf — immer geringer wird die Prozentzahl von Katholiken; bei den Landgerichtsdirektoren ist es schon anders, bei den Landgerichtspräsidenten noch mehr, und unter den Oberlandesgerichtspräsidenten sind alle protestantisch mit Ausnahme von einem, von dem die Sage geht, er sei nicht einmal katholisch getauft worden (Heiterkeit), von dem aber feststeht, daß er eine protestantische Frau hat und seine Kinder protestantisch erziehen läßt. (Hört, hört! im Centrum.) Wenn die Katholiken nur in die unteren Stellen hineinkommen, und wenn es niemals gelingt, einen gläubigen Katholiken in die höheren und höchsten Beamtenstellungen des Ressorts der Justiz gelangen zu lassen, so muß mir jeder zugestehen, das kann kein Zufall sein. Hier auf diesem Gebiet ist man doch, wenn man überhaupt die Augen aufmachen will, in der Lage, den Beweis zu liefern, daß den Katholiken mehr Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, nach oben zu kommen, als den Protestanten. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich komme zum Schlusse. (Bravo! rechts. Oho! im Centrum.) Sie werden mich nun weiter fragen: wie denkst Du Dir denn den Wandel in diesen Verhältnissen? Daß auf dem Gebiete der hohen Verwaltungsstellen nicht sofort Wandel geschaffen werden kann, erkenne ich an. Wie es nicht die Schuld des jetzigen Ministeriums ist, daß auf diesem Gebiete die Katholiken nicht vertreten sind, so ist auch dieses Ministerium nicht in der Lage, sofort einen entschiedenen Wandel, wie es der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, eintreten zu lassen. Der Wandel muß von unten kommen. Es müssen wieder mehr katholische Regierungsreferendarien hineingelassen werden, damit sie in der Lage sind, sich so zu bewähren, daß sie das Vertrauen für höhere Beamtenstellen erlangen. Darüber habe ich schon das Notwendige gesagt, und ich habe das Vertrauen zum Herrn Kultusminister, daß er diese Frage im Staatsministerium in der ernstesten Weise anregen wird, daß den Regierungspräsidenten bedeutet wird: wir wünschen, um das Vertrauen der katholischen Bevölkerung zu haben, daß Regierungsreferendare in größerer Zahl aus der katholischen Bevölkerung kommen, und wenn sie nicht von selber kommen auf Grund der Erfahrungen, die gemacht worden sind, wird es doch nicht zu viel verlangt sein, daß man von seiten der Regierung besondere Anstrengungen verlangt, das Mißtrauen, welches bisher die katholischen Referendare gehabt haben, in die Regierungskarriere überzutreten, zu besiegen und dem staatlichen Bedürfnisse nach höheren katholischen Beamten mehr entgegenzukommen.

Sodann kann Wandel geschaffen werden auf dem Gebiete der Schule. Es ist in ganz Preußen kein katholischer Schulmann, dem es gelungen ist, eine höhere Stelle zu erringen, als den Regierungsrat. Kein einziger Oberregierungsrat verwaltet die katholischen Schul- und Kirchenangelegenheiten. Hier kann und soll Wandel geschaffen werden, und wenn man die jetzigen protestantischen Oberregierungsräte nicht sofort beseitigen kann, soll man ihnen wenigstens sofort und überall katholische Schulräte zur Seite stellen; wie ich eben ausführte, fehlen auch diese noch in vielen Regierungskreisen, auch in solchen, welche eine nicht unerhebliche Anzahl katholischer Schulen haben.

Dann kann und muß Wandel geschaffen werden auf dem Gebiete des Kreisschulinspektorats im Nebenamte. Wenn die protestantischen Geistlichen mit unserer Zustimmung nach wie vor dieses Inspektorat im Nebenamte verwalten können, dann müssen es auch die katholischen Geistlichen können. Hier kann und hier muß Wandel geschaffen werden und zwar bald, weil hier bald Wandel geschaffen werden kann.

Dann drängt sich mit absoluter Notwendigkeit die Forderung auf, daß die frühere katholische Abteilung im Kultusministerium wieder eingerichtet werde. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.) Diese katholische Abteilung ist errichtet worden aus der hochherzigen Initiative eines Königs heraus, der ein feines Gefühl für die konfessionelle Stimmung seiner Unterthanen hatte; sie ist im Anfange der vierziger Jahre errichtet worden, noch ehe irgend welche parlamentarische Nötigung dazu vorhanden war, aus dem Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl eines weitblickenden Königs. Man hat sie abgeschafft im Beginn des Kulturkampfes nachdem sie über 30 Jahre hindurch zwischen dem katholischen Volksteil und der Regierung ein Einverständnis vermittelt hatte, wie es so gut nicht einmal in vielen kathol. Ländern war. (Bewegung rechts.) Es war überall die Beobachtung und erregte sogar Neid in den katholischen Staaten, daß in Preußen das Verhältnis der gläubigen Katholiken zur Regierung, die Vertrauensstellung zur Krone besser sei als in anderen Ländern. Das war ohne Zweifel zum Teil neben der hochherzigen Gesinnung der Krone das Verdienst dieser katholischen Abteilung. Seit diese katholische Abteilung verschwunden ist, sind viele Dinge vorgekommen, die unerfreulich sind, die ich heute nicht wieder anrühren will; wenn Sie aber Wiederholungen dieser Dinge vermeiden wollen, ist es notwendig, daß diese katholische Abteilung je eher, je lieber, wieder eröffnet werde. (Bravo! im Centrum.)

Meine Herren, wir fühlen auf den mannigfaltigen Gebieten des staatlichen Lebens eine konsequente und systematische Zurücksetzung und sogar Zurückdrängung des katholischen Volksteiles. Wir fühlen in keiner Weise uns irgend einem protestantischen Mitbürger untergeordnet; wir sehen überall, wo wir in der Lage

## △ Die forcierte Probefahrt des Panzers „Sachsen".

Aus Kiel wird gemeldet, daß der Panzer „Sachsen", der unter dem Kommando des Prinzen Heinrich steht, gestern nach beendeter Maschinenreparatur eine forcierte Probefahrt unternahm, an der sich auch die Prinzessin Heinrich beteiligte. Es ist recht greifbar, daß es sich da um ein Gegenstück zu der unglücklichen Fahrt der „Brandenburg" handelt, das bestimmt ist, den üblen Eindruck des Unglücks sowohl im Publikum wie namentlich bei den Marinemannschaften zu verwischen. Natürlich wird nichts passieren, denn man wird schon ängstlich alles geprüft haben, damit diese „Probefahrt" sicher von statten gehe. Das Unglück auf der „Brandenburg" hat die Budgetkommission des Reichstags eingehend beschäftigt und wird auch im Plenum noch erörtert werden. Es ist gar nicht mehr zu vertuschen, daß die Hauptschuld an dem System des „forcierten" Schiffbaues liegt. Zuerst hat sich die Marineverwaltung bekanntlich in der für unsere Matrosen gewiß sehr aufmunternden Versicherung im „Reichsanzeiger" gefallen, solche Unfälle seien „unvermeidlich". Mit den halbamtlichen Erklärungen hat ja die Regierung schon seit langem Unglück; sie sind meist sehr ungeschickt abgefaßt und verstärken nur den Glauben an das, was sie dementieren. So ungeschickt und zugleich falsch wie die über das Unglück auf der „Brandenburg", war wohl noch keine dieser Erklärungen. Der Reichsmarinesekretär hat sie in der Kommission völlig preisgeben müssen. Da hat sich denn herausgestellt, daß nicht nur etwas anderes geplatzt war, als der „Reichsanzeiger" gesagt hatte, sondern auch, daß das abgesprungene Ventil einen unverantwortlichen Mangel hatte, da die Sicherung fehlte. Diese Sicherung hat nun aber schon auf den Zeichnungen gefehlt. Der Fehler ist so grob, daß der Staatssekretär sogar meinte, der Konstrukteur habe das vielleicht in einem Augenblick geistiger Abwesenheit übersehen. Aber auch der revidierende Baubeamte hat den Fehler nicht bemerkt.

Der Staatssekretär hat das schon damit zu erklären gesucht, daß der Beamte gleichzeitig den Bau von vier Schiffen zu überwachen hatte. Es fehlte eben an den notwendigen Aufsichtsbeamten, und zwar deshalb, weil man mit aller Gewalt den Schiffsbau „forciert". Vermutlich wird man den, armen Konstrukteur und den Baubeamten am Kragen nehmen, aber ihre Schuld ist verhältnismäßig gering. Die Verantwortlichkeit für das Unglück fällt, wie schon in der Kommission gesagt wurde, weniger auf sie, als auf diejenigen, die das System des „forcierten" Schiffsbau mit aller Gewalt betrieben haben. Im Reichstage ist von den Vertretern des Centrums oft und eindringlich genug gewarnt worden vor den Uebertreibungen des Marinesports, der uns neben dem stärksten Landheer auch noch eine Schlachtflotte ersten Ranges aufladen will und viele Millionen für den Bau einer Menge Schiffe zugleich verlangt, wiewohl erfahrungsmäßig ein nach dem neuesten „Typ" begonnenes Schiff noch nicht fertig ist, bevor der „Typ" bereits wieder veraltet ist. Man hat aber flott darauf los bewilligt, nachdem man die üblichen Redensarten vom „Sparen" glücklich angebracht hatte. Die kaiserliche Werft war nicht mehr im Stande, die bewilligten Schiffe so rasch zu bauen, als man sie haben wollte. Man nahm daher die Privatwerft des „Vulkan" in Stettin zu Hülfe, deren Leistungsfähigkeit, Solidität ꝛc. mächtig herausgestrichen wurde.

Wir wollen gegen die Gesellschaft auch gar nichts sagen, aber eigen ist es doch, daß das Schiff, auf dem das gräßliche Unglück vorfiel, gerade auf dem Vulkan gebaut worden ist, und daß während des Baues die Marineverwaltung nicht einmal die nötigen Kräfte hatte, um den Bau überwachen zu lassen. An dem Unglück ist nichts mehr zu ändern. Wenn es unsere Marinesportsmen auch nicht von ihrem Eifer kurieren wird, so wird es doch hoffentlich eine heilsame Lehre für den Reichstag sein, mit dem Bewilligen von Millionen und wieder Millionen für Kriegsschiffe etwas bedächtiger zu werden. Man ist ja mit dem Fordern gerade im besten Zuge; möge der Reichstag auch einmal ein Bischen Verantwortung für das Unglück empfinden und dem System des „forcierten" Schiffsbausportes einen Riegel vorschieben, um wenigstens nicht mit verantwortlich zu werden für weiteres Unglück, das sich daraus entwickeln könnte.

---

CPC. Berlin, 5. März.

Der Reichstag setzte heute bei sehr schwach besetztem Hause die Beratung des Militäretats beim Kapitel Militär-Justizverwaltung fort.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf kam sogleich auf den erregten Abschluß der Verhandlungen in der Samstags-Sitzung zurück, um seine vorgestrige Rede zu ergänzen. Derjenige Mann, der die Familie des Generals Kirchhoff verleumdete, habe vor Gericht einfach zugestanden, daß die ganze Geschichte „erfunden, erlogen und erstunken" war, und das sei doch gerade zu empörend, das lasse seine Erregtheit am Samstag begreiflich erscheinen. Wäre General Kirchhoff beim Geschworenengericht von Munckel oder Träger beurteilt worden, so wäre er sicher freigesprochen; das militärgerichtliche Verfahren habe sich hier als das strengere erwiesen. Und wenn dann die Krone von ihrem Begnadigungsrecht Gebrauch mache, so unterliege das nicht der Kontrolle und der Redefreiheit des Reichstages. Die Socialdemokraten sollten doch nur ja nicht das Begnadigungsrecht der Krone antasten, denn sie könnten selbst einmal in die Lage kommen, dasselbe anzurufen. Der Kriegsminister ging dann auf die vom Abg. Bebel besprochenen Soldatenmißhandlungen näher ein. Die Bestrebungen, diese Mißhandlungen zu verhindern, seien nicht erfolglos geblieben, denn die Soldatenmißhandlungen nähmen von Jahr zu Jahr ab. Wir verfolgen das Ziel, ehrliebende Soldaten zu erziehen, die auch den Verlockungen derer widerstehen, welche Thron und Altar stürzen wollen und die Soldaten zum Bruch des Fahneneides auffordern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber bemerkte, daß niemand dem Kriegsminister einen Vorwurf daraus machen könne, wenn er einem abwesenden Kameraden eine warme und ritterliche Vertheidigung angedeihen ließ, aber mit den Einzelheiten seiner Ausführungen könne er im Namen des Centrums sich nicht einverstanden erklären. Der General v. Kirchhoff sei das Opfer einer schmählichen Beleidigung in der Presse geworden und durch tieftragische Verwicklungen zu dem Schritte getrieben, auch sei der Rat des Rechtsbeistandes des Generals kein besonnener gewesen. So hätten verschiedene Umstände zusammengewirkt, um den Entschluß des Generals und sein freies Urteil zu beeinflussen. Wenn aber der Kriegsminister sage, General von Kirchhoff sei in seinem guten Recht gewesen, so könne das Centrum ein Recht der Selbsthülfe nicht anerkennen, und es dürfe in der Volksvertretung nicht unwidersprochen bleiben, wenn dieses Recht für einen Offizier gefordert wird. Das christliche Recht und die Moral in einem geordneten Rechtsstaate verbieten diese Selbsthülfe, und wir sollen ja in einem christlichen Rechtsstaate leben.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) fühlte sich ebenfalls von der Wärme, mit welcher der Kriegsminister einen abwesenden Kameraden verteidigte, sympathisch berührt; auch er würde einen Menschen, der sein Töchterchen angreifen wollte, wie einen tollen Hund niederschießen, dann aber auch die Konsequenzen auf sich nehmen. (Ruf rechts: Hat Kirchhoff auch gethan!) Den General v. Kirchhoff weise er deshalb nicht ab, sondern nur den Kriegsminister, der erklärt habe, das, was Kirchhoff gethan habe, sei sein gutes Recht gewesen. Das sei nicht der Fall. Nicht in der Notwehr habe derselbe gehandelt, sondern aus Rache; und wenn oben das Recht der Selbsthülfe proklamiert werde, so könnten es schließlich auch die Anarchisten für sich in Anspruch nehmen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwiderte, er habe keineswegs das Recht der Selbsthülfe proklamiert, sondern anerkannt, daß General v. Kirchhoff sich gegen das Gesetz vergangen habe und deshalb ordnungsmäßig verurteilt werden mußte; nur auf mildernde Umstände habe er plaidieren wollen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel konstatierte, daß die Konservativen die Worte des Kriegsministers am Sonnabend auch nur in diesem Sinne aufgefaßt und beifällig aufgenommen hätten. Dem „Berl. Tagebl." hätte es doch näher gelegen, an der Begnadigung der jüdischen Frau Prager Kritik zu üben.

Abg. Bebel blieb dabei, daß der Kriegsminister am Sonnabend einfach das Faustrecht proklamirt habe; sonderbar sei es, daß er als Sozialdemokrat in diesem Falle die Rechtsordnung des Staates gegen den Kriegsminister verteidigen müsse. Die Konservativen hätten dem Kriegsminister applaudiert, obwohl sie in diesem Falle, wie in der Duellfrage damit im Gegensatz zum Christentum sich befänden.

Abg. v. Bennigsen wies auf die brutale Behandlung hin, welche die Sozialdemokraten bei Strikes gegen diejenigen Arbeiter eintreten lassen, welche weiter arbeiten wollen. Solche Vorkommnisse könne der Staat nicht dulden. Im Falle Kirchhoff werde jedermann dem General mildernde Umstände bewilligen, aber besser wäre es doch, wenn die amerikanische Sitte der Benutzung des Revolvers sich nicht bei uns einbürgert und wenn die anständige Presse sich von der Verbreitung verleumderischen Klatsches fernhält.

Abg. Dr. Barth (freis.) betont den Rechtsstandpunkt im Falle Kirchhoff, der allein entscheidend sein müsse, denn wir leben doch in einem Rechtsstaate. Diese Anschauung werde freilich in Militärkreisen thatsächlich nicht vertreten, darum auch das Duell.

Abg. Schall (kons. Prediger) erklärt, daß er vom christlichen Standpunkte aus das Duell verurteile, aber man müsse auch mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und das Duell als Notwehr betrachten.

Abg. Dr. Lieber bemerkte hierauf, daß das Centrum das Duell ohne jedes „Aber" und überall, beim Civil wie beim Militär verwerfe.

Abg. Bebel bemerkte, wenn etwas dazu beigetragen habe, das Christentum zu diskreditieren, so seien es die Erklärungen des Abg. Schall gewesen. Die Ausschreitungen bei Strikes seien mindestens so entschuldbar wie der Fall Kirchhoff.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen, das Kapitel mit der Resolution der Budgetkommission genehmigt und dann die weitere Beratung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Das Abgeordnetenhaus beriet heute den Antrag Bachem, worin die Staatsregierung aufgefordert wird, „baldmöglichst" und „zunächst für alle Städte von mehr als 10 000 Einwohnern" eine Statistik der Landtags- und Kommunalwahlen aufzustellen und mitzuteilen, um unter Vergleichung mit den entsprechenden Zahlen bei früheren Wahlen den Einfluß ersehen zu lassen, den die neuere Wahl- und Steuergesetzgebung auf die Verteilung der Wähler in die verschiedenen Wahlklassen ausgeübt hat.

Zur Begründung erhielt das Wort Abg. Bachem: Wir wollen mit unserm Antrag eine Aktion beginnen, welche die Notwendigkeit einer Aenderung des Wahlgesetzes darthun soll. Wir sehen zur Zeit zwar keine große Aussichten für eine gedeihliche Wahlreform, und es wird zur Herbeiführung derselben wahrscheinlich schwerer Kämpfe bedürfen; aber unsere Absicht ist zunächst auch nur die, Stimmung zu machen, das Land und die Parteien dieses Hauses auf die Notwendigkeit der Wahlreform hinzuweisen. Nachdem jetzt die Steuerreform durchgeführt ist, kommt man an der endgültigen Wahlreform nicht vorbei. Es ist eine Thatsache, daß die Zahl der Wähler in der ersten und zweiten Abteilung in ganz erschreckender Weise abgenommen hat, während die Zahl der Wähler der dritten Klasse enorm gestiegen ist. Es zeigt sich dies besonders in den rheinischen und westfälischen Städten mit industrieller Entwickelung. In Neustadt in Oberschlesien, einer Stadt von über 20 000 Einwohnern, wird die erste Klasse allein gebildet von 5 Mitgliedern einer einzigen Handelsgesellschaft. Wenn wir dagegen Front machen, so geschieht es nicht in Parteiinteresse, sondern um die berechtigten Interessen der mittleren Bevölkerungsschichten, des gebildeten Teiles unserer Nation und die Interessen der breiten Volksmasse zu wahren. Ist es doch in allen Städten mit moderner Entwicklung dahin gekommen, daß die akademisch Gebildeten nahezu ausschließlich in der dritten Klasse wählen. In Berlin haben wir es ja sogar erlebt, daß der Reichskanzler und preußische Minister zur dritten Abteilung gehörten. Wenn auf diese Weise die gebildeten Elemente und der Mittelstand zu Gunsten der Kapitalisten zurückgedrängt werden, so ist das eine ungesunde Entwicklung, und es wird dazu der relativ gesunde Gedanke des Dreiklassenwahlsystems, wonach in der ersten Klasse der Besitz, in der zweiten Bildung und Seßhaftigkeit und in der dritten die breite Volksklasse zur Geltung kommen soll, geradezu ins Gegenteil verkehrt.

Die konservative Partei stand bisher unsern Bestrebungen mißtrauisch gegenüber. Graf Limburg-Stirum hat gesagt, wir würden in der Wahlfrage doch nicht Schicht machen. In der Wahlfrage giebt es überhaupt keine Schicht; denn das Wahlrecht muß sich immer den jeweiligen Verhältnissen anpassen. An die Einführung des Reichstagswahlrechtes auch für den preußischen Landtag ist zur Zeit bei der Zusammensetzung des Hauses, und da auch das Herrenhaus und die Krone bei dieser Frage in Betracht kommen, nicht zu denken. Sie können daher um so unbedenklicher unserm Antrage zustimmen. Sollten Sie denselben ablehnen, so werden wir mit demselben im nächsten Jahre wiederkommen, wir wollen nur das nötige Material für die Vorarbeiten zu einem neuen Wahlrecht schaffen, ehe Ereignisse eintreten die uns wirklich verhindern könnten, das Dreiklassenwahlsystem in der Weise zu reformieren, als wir es wünschen. (Bravo! im Centrum.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg sagte eine Berücksichtigung des Antrages zu, nur dürfe die Vergleichung auf höchstens ein paar Wahlperioden ausgedehnt werden. Die Statistik für die Landtagswahlen von 1893 solle schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werden, später auch die Statistik der Kommunalwahlen in Städten mit über 10 000 Einwohnern nach Stichproben. Nach den bis jetzt vorliegenden Ziffern sei keine erhebliche Verschiebung des Wahlrechts eingetreten und gerade auf dem Lande habe die Zahl der Wähler in der ersten und zweiten Abteilung zugenommen. Erst nach vollständiger Durchführung der Steuerreform und nach Einführung der Vermögenssteuer werde sich die Frage, ob das Wahlrecht eine plutokratische Verschiebung erfahren habe, beantworten lassen. Für die Städte erscheine allerdings eine Abänderung des Wahlrechts als wünschenswert, wenn nicht als notwendig.

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.) erklärte sich mit dem Antrage Bachem einverstanden, wenn in demselben der Ausdruck „baldmöglichst" beseitigt und die Beschränkung auf Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern in Wegfall komme. Mit der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen werde die konservative Partei sich niemals einverstanden erklären, denn das heiße an den Grundvesten des Staates rütteln.

Abg. Dr. Bachem entgegnete, daß der Antrag sich auf den verfassungsmäßigen Boden stelle und das Dreiklassenwahlsystem verbessern, nicht beseitigen wolle.

Abg. v. Eynern (natlib.) legte dem Antrage kein großes Gewicht bei. Man könne an den Knöpfen abzählen, ob man ihn annehmen oder ablehnen solle; aber die nationalliberale Partei wolle der Regierung keine unnütze Mühe machen und nicht Diener des Centrums sein und dessen Parteipolitik unterstützen, daher lehne sie den Antrag ab.

Abg. Dr. Porsch erklärte sich damit einverstanden, daß in dem Antrage die Worte „baldmöglichst für alle Städte mit über 10 000 Einwohnern" gestrichen werden, worauf für diese Fassung des Antrags auch die Abgg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch, Paristius und — v. Eynern dem Antrage Bachem ihre Zustimmung zusicherten, so daß derselbe nahezu einstimmig angenommen wurde.

Hierauf wurde die Etatsberatung fortgesetzt. Zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung erklärte Finanzminister Miquel, daß der Anteil Preußens an dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuern nach den bisherigen Ergebnissen einen Mindererertrag gegen das Vorjahr von 3½ Millionen haben werde; beim Etat der Staatsschuldenverwaltung konnte Finanzminister Miquel die erfreuliche Mitteilung machen, daß in diesem Jahre keine neue Anleihe begeben werden würde, weil die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung sich um 36 bis 40 Millionen M. vermehren würden.

Morgen wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

* **Berlin**, 5. März. Wie der Hofbericht meldet, bringen griechische Blätter die Nachricht, daß der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland in kürzester Zeit Athen verlassen werden, um sich zunächst nach Berlin und dann nach London zu begeben. Bekanntlich haben die Beziehungen des griechischen kronprinzlichen Paares zum Berliner Hof durch den unerwarteten Uebertritt der Kronprinzessin Sophie zur orthodoxen Kirche eine starke Trübung erfahren. Es scheint nun, als ob eine Versöhnung stattgefunden habe.

* Ueber die Haltung der preußischen Regierung zur Frage der Staffeltarife wird übermorgen in der Handelsvertragskommission eine endgiltige Erklärung abgegeben werden wie Staatssekretär v. Bötticher heute in der Kommission angekündigt hat. Morgen beschäftigt sich der Landeseisenbahnrat mit der Angelegenheit. Man zweifelt nicht, daß die preußische Regierung sich für die Aufhebung der Staffeltarife entscheiden wird, da thatsächlich das Schicksal des ganzen Vertrages davon abhängt.

## Ausland.

* Das glänzende Vertrauensvotum, welches die italienische Kammer am Samstag dem Kabinett Crispi erteilte, wird jetzt allgemein dahin kommentiert, daß es sich dabei um die Betonung des Prinzips der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gegen die destruktiven Elemente gehandelt habe. Zweifellos trage jedoch dieselbe Mehrheit schon den Keim des Zerfalls in sich, sobald die konkreten Finanzfragen zur Verhandlung kommen. In diesem Sinne sprechen sich auch die meisten Blätter aus.

* Das englische Parlament wurde gestern mit einer außergewöhnlich kurzen Thronrede geschlossen. Die Thronrede hebt die aus der Annahme des Gesetzes über die Errichtung von Distrikt- und Kirchspielräten erwachsenden Vorteile hervor und weist mit Befriedigung auf das neue Gesetz betreffend die Herabsetzung der Arbeitsstunden der Eisenbahnbediensteten hin. Die auswärtigen Angelegenheiten wurden in der Thronrede nicht berührt.

— Premierminister Lord Rosebery konferierte Nachmittags im Auswärtigen Amt mit den Ministern Harcourt, Kimberley, Campbell-Bannerman und J. Morley und begab sich dann anläßlich seiner Ernennung zum Premierminister zum Handkuß nach dem Buckinghampalast. Es steht jetzt fest, daß Lord Kimberly der Nachfolger Roseberys im Ministerium des Auswärtigen wird.

## Privatdepesche des Düsseld. Volksblattes.

§§ **Rom**, 6. März. Die Zeitung „Messagero" meldet, daß am 14. März, dem Geburtstage des Königs Humbert eine Amnestie für die in Folge der Aufstände in Sicilien verurteilten Personen erlassen werden wird. Zugleich wird der König auf 3 Millionen Lire aus seiner Civilliste verzichten.

† **Madrid**, Dienstag, 6. März. In hiesigen politischen Kreisen zeigt man sich über den soeben perfekt gewordenen Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Sultan von Marokko und dem Marschall Campos sehr erfreut. Der von der Königin gethane Schritt, Frankreich wegen seiner zeitigen Intervention zu danken, wird daher allgemein gebilligt, besonders weil derselbe bessere Beziehungen zwischen den beiden Ländern anbahnen soll.

Im Anschluß an eine vergangenen Sonntag in Estelle von 10000 Personen besuchte Versammlung zugunsten der Tueros werden neue Versammlungen ausgeschrieben. Die Erregung nimmt zu. Man befürchtet allgemein, daß bei Erhebung der Steuern die Revolte in ganz Navarra losbrechen werde.

## Lokales und Provinzielles.

Düsseldorf, 6. März.

]:[ Als Geschworene sind für die am Donnerstag beginnende Schwurgerichtssession folgende Geschworene einberufen: die Herren Seidenfabrikanten Eduard v. Beckerath, Oskar Flemming, Ernst von Scheven, Färbereibesitzer Arthur Schroers, Kaufmann Richard Wolf und Gutsbesitzer Karl Cloeren aus Crefeld, Kaufmann Johann Albert Horn und Kaufmann Ferdinand Paas aus Gladbach, Kaufmann Julius Könemann aus Neuß, Rentner Hubert Wittges aus Grimmlinghausen, Gutsbesitzer Joseph Kaulen von Abshof, Fabrikdirektor Gustav Dammeyer aus Gerresheim, Färbereibesitzer Johann Keller aus Heiden, Spinnereibesitzer Alex. Schmidt aus Rheydt, Kaufmann Adolph Müller aus Langenfeld, Rentner Gustav Anger, Oberpostsekretär Hub. Berger, Maler Karl Daubenspeck, Kaufmann Rudolf Deus, Generalagent Johann Dübbers, Ziegeleibesitzer Max Eyckeler, Kaufmann Wilhelm Hüllstrung, Rentner F. W. Kaletsch, Gutsbesitzer Ferdinand Adolf Kockerolls, Kaufmann Theodor Körwer, Färbereibesitzer Heinr. Laag aus Düsseldorf, Landwirt Mich. Sassen aus Stockum.

]:[ Die auf den 12. März vor dem Schwurgerichte angesetzte Verhandlung gegen den Diener Feltes wegen Meineid ist auf Antrag der Verteidigung wieder vertagt worden, weil an diesem Tage vor dem Reichsgerichte die Revision des Hemmerling verhandelt wird.

]:[ Einer an der Bäckerstraße wohnenden Näherin wurde vermittelst Einschleichens die silberne Uhr von ihrem Zimmer gestohlen.

]:[ In einem Hause an der Gerresheimerstraße gerieten die Einwohner unter sich in Streit, zwei Männer wurden handgemein und einer erhielt bei der nun folgenden Prügelei mehrere bedeutende Verletzungen am Kopfe.

]:[ Vor einigen Monaten verlor eine fremde unbekannte Frau in einem Laden an der Volkerstraße ein Goldstück, welches trotz allen Suchens damals nicht wiedergefunden werden konnte. Jetzt hat es sich gefunden, die Frau kann sich das Geld auf dem Kriminalbureau holen.

]:[ Aus einem Hause an der Louisenstraße wurde ein Fahrrad gestohlen. Kurz nachher wurden zwei Burschen abgefaßt, die damit umherfuhren. Sie gaben an, sie hätten nur eine Probefahrt damit machen wollen.

]:[ Gestern Abend wurde einem Fuhrmanne in der Kasernenstraße ein Sack Kartoffeln vom Wagen gestohlen. Als er später mit seinem Wagen durch die Marktstraße kam, sah er einen Mann mit seinem Sacke sich abmühen, er ging hinzu, lud den Sack wieder auf seinen Wagen und lieferte den Mann, einen alten Dieb, der Polizei ab.

]:[ Im Monat Februar wurden im Schlachthofe geschlachtet 284 Ochsen, 535 Kühe, 249 Rinder, 1286 Kälber, 1183 Schafe, 2498 Schweine, 2 Spanferkel und 91 Pferde.

]:[ Einem Fabrikarbeiter in Duisburg wurden die Kleider und andere Gegenstände gestohlen. Er kam gestern nach Düsseldorf, kehrte in der Herberge „zur Heimat" ein und traf dort den Dieb, einen Schlosser, den er verhaften ließ.

* **Trier**, 5. März. Vorgestern Morgen stürzte der Kommandeur der 16. Kavallerie-Brigade, Oberst von Voigt, auf dem Eurener-Exerzierplatz. Er soll laut „Trier. Ztg." bedeutende Verletzungen davon getragen haben.

* **Dann**, 5. März. Auf der Eisenbahnbaustrecke Mayen-Gerolstein sind, dieser Tage bei Uelmen, ungefähr 2 Stunden von hier, aus einer verschlossenen Bude mittels Einbruches 50 Dynamitpatronen und ein halbes Faß Pulver gestohlen worden.

* **Bochum**, 5. März. Die Bewohner des östlichen Stadtteiles wurden in der verflossenen Nacht durch eine Detonation aus dem Schlafe geweckt. Von bübischer Hand war in einem Hause an der Bismarckstraße eine Bombe zur Explosion gebracht, in Folge dessen das Kellergeschoß, 30 Scheiben, die Treppe des Unterhauses ꝛc. ꝛc. vollständig zertrümmert wurden. Ein Menschenleben ist, wie der „Boch. Anz." erfährt, glücklicherweise nicht zu beklagen. Von dem Thäter fehlt bis zur Stunde noch jede Spur. Weitere Nachrichten melden, daß außerdem auch ein Haus in der Maltheserstraße durch ein Dynamitattentat beschädigt wurde. Ferner waren vor dem kath. Waisenhause, dem Polizei-Wachtlokale, in einem Briefkasten des Postamts und an zwei anderen Stellen Dynamitpatronen niedergelegt worden. Der Staatsanwalt erhielt dem Vernehmen nach einen Drohbrief. Die Aufregung ist groß.

### Briefkasten der Redaktion.

In der heutigen Nummer finden unsere Leser die Rede des Herrn Abg. Bachem über die Paritätsfrage nach dem amtlichen Stenogramm. Die Rede des Herrn Pfarrers Dauzenberg über dieselbe wichtige Angelegenheit wird morgen folgen.

---

Neußer Fruchtpreise unverändert.

**Köln**, 5. März. Weizen ohne Sack die 100 Kilo vorrätig, hiesiger alter M. 15,00—16,00 B., neuer 14,00—14,75 B., fremder 15,50—17,00 B.

Roggen ohne Sack die 100 Kilo vorrätig hiesiger M. 12,25—13,00 B., fremder 14,00—16,00 B.

Hafer ohne Sack die 100 Kilo hiesiger M. 15,75—16,50 B., fremder 15,50—17,00 B.

---

Düsseldorf, 6. März. Rheinst. 2,83 — 0,20. Wind SW Therm. + 3. Barom. 27—11.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Mannh., 5. März. | 3,10 — 0,03 | Coblenz, 5. März. | 2,68 — 0,08 |
| Mainz, 5. März. | 1,10 — 0,07 | Trier, 5. März. | 1,74 — 0,10 |
| Bingen, 5. März | 1,78 — 0,08 | Köln, 5. März. | 2,95 — 0,15 |
| Caub, 5. März. | 2,00 — 0,10 | Ruhrort, 5. März. | 2,68 — 0,24 |

---

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute Morgen gegen 5 Uhr, unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante, die Frau

**Wwe. Joh. Kornweibel,**

geb. **Sofia Schalk**,

nach längerem, schwerem, mit musterhafter Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch den öfteren Empfang der Heilsmittel der hl. römisch-katholischen Kirche, im Alter von 78 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein frommes Gebet für die Verstorbene bitten

**Die trauernden Hinterbliebenen:**

**Frau Wwe. Karl Peter Peters**, geb. **Kornweibel**,
**Maria Mankarz**, geb. **Kornweibel**,
**Anton Mankarz und 7 Enkel.**

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 8. d. M., morgens punkt 9 Uhr, vom Sterbehause Neusserstrasse 105, die feierlichen Exequien werden gleich nachher in der alten St. Martinskirche zu Bilk gehalten, wozu alle, denen aus Versehen keine besondere Einladung zugegangen hierdurch höflichst eingeladen werden.

---

**Statt jeder besonderen Anzeige.**

†

**Todes-Anzeige.**

Gott der Allmächtige nahm uns gestern Nachmittag 6 Uhr plötzlich unser innigstgeliebtes Söhnchen

**Richard**

im zarten Alter von 1 Jahre.

Es bitten um stille Teilnahme

**Familie Richard Mühe,**
Elisabethstraße 29.
Düsseldorf, 6. März 1894.

---

**Techniker gesucht,**

welcher flott zeichnen und sicher veranschlagen kann. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter J. M. 603 besorgt die Exped. d. Bl. 639

**Jungen** a. d. Eifel, 16 J., Mädchen, die melken können, f. Stellen. Wwe. Becker, Neustr. 44.

---

Das

**Jahrgedächtnis**

für unsern lieben Bruder

**Franz Schwann**

findet

**Mittwoch, den 7. März, vormittags 9 Uhr,**

in der hiesigen St. Marien-Pfarrkirche, Charlottenstraße statt. Es laden hierzu ergebenst ein

**Die Geschwister.**

Düsseldorf, im März 1894.

---

**Städt. Leihanstalt.**

**Am Donnerstag, 8. März c.:**

**Verkauf der Pfänder vom 1. bis einschl. 10. Jan. 1893.**

Nr. 19140-19921 u. Nr. 33926-35150

Diejenigen, welche aus früheren Verkäufen noch Ueberschüsse zu empfangen haben, werden an deren Empfangnahme bei Vermeidung der Verjährung hierdurch erinnert.

---

Milchkutscher, Knechte u. Schweizer stets zu vermieten. 632
Fr. Rollar, Flingerstr. 66. Teleph. 992

---

**Pflanzkartoffeln und dicke Bohnen.**

Soeben erhielt ich eine größere Partie

**echte Pflanz-Frühkartoffeln**

in bester Qualität und habe fortwährend ebenfalls **prima holländische dicke Bohnen** zum Pflanzen vorrätig, welche bestens empfehle.

638 **M. Conen**, Burgplatz 12.

---

**Bekanntmachung.**

Der von der Stadtverordneten-Versammlung festgestellte Fluchtlinienplan für die Ickbachstr. von der Ueberführung über den Bahnhof Lierenfeld bis zur Erkratherstraße, wird in Gemäßheit des § 7 des Gesetzes vom 2. Juli 1875, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen u. Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften vom 6. März bis 3. April d. J. auf dem Rathause, Stube 28, zu jedermanns Einsicht offengelegt. Einwendungen gegen den Plan sind bis zum 3. April d. J. einschließlich bei der unterzeichneten Stelle anzubringen.

Düsseldorf, den 2. März 1894.

**Der Oberbürgermeister.**

---

Zu vermieten Poststr. 1 Unterhaus: **Ladenlokal, 3 Zimmer, Küche ꝛc.** zum 1. Juni d. J. Näheres 1. Etage bei

626 **P. Lentzen.**

---

Für 635

**Kommunikanten**

empfehle

**Cheviot-Anzüge**

1- und 2reihig,
M. 15, 18, 20, 25—36.

**Kammgarn-Anzüge**

M. 10, 12, 15, 18—30.

**Chevron-Anzüge**

1- und 2reihig,
M. 18, 20, 25—40.

**G. Hettlage,**

47 Klosterstr. 47.

---

**Zoologischer Garten, Düsseldorf.**

**Mittwoch, den 7. März 1894, nachmittags 3½ Uhr:**

**Konzert.**

---

Ein ordentlicher 628

**Gartenknecht**

auf sofort gesucht.

**Volmerswerth 8e.**

---

**Gebr. Badeeinrichtung oder heizbare Badewanne**

zu kaufen gesucht. Anerbieten mit Preisangabe Palmenstr. 27 I.

---

**Den Lesern zur Beachtung.**

Die heutige Gesamt-Auflage enthält eine Beilage „Weitere interessante Mitteilungen über die neueste Behandlung der Hautkrankheiten", welche Aufklärung giebt über die großartigen Resultate, welche viele hundert Aerzte mit der Flügge'schen Erfindung erzielten.

**Expedition**
des Düsseldorfer Volksblattes.

## Aktien-Gesellschaft Kath. Vereinshaus
**Düsseldorf.**

**Die diesjährige ordentliche**

# General-Versammlung

der Aktionäre unserer Gesellschaft findet statt am

**Mittwoch, den 18. April 1894,**
**nachmittags 6 Uhr,**

im Saale des **Casinos (Bilkerstrasse 5)** in Düsseldorf.

**Tages-Ordnung:**

1. Vorlage der Bilanz, Bericht des Aufsichtsrates, des Vorstandes und der Revisoren, Entlastung des Vorstandes, Verwendung des Gewinnes.
2. Neuwahl von 7 Mitgliedern des Aufsichtsrates.
3. Wahl von 3 Revisoren.

Der Geschäftsbericht, sowie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung liegen von heute ab in unserem Bureau, Bilkerstr. 5, zur Einsicht für die Aktionäre offen.

Gleichzeitig laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft zu einer

## außerordentl. General-Versammlung

an demselben Tage, **(Mittwoch, den 18. April d. J.), nachmittags 6½ Uhr,** im Saale des Casinos (Bilkerstr. 5), hiermit ein.

**Tages-Ordnung:**

Verkauf des Gesellschafts-Immobilars und Ankauf von neuem Gesellschafts-Immobilars.

Mit Bezug auf § 22 des Statuts wird bemerkt, daß das Ausbleiben oder Nichtvertretensein der Aktionäre einem Verzicht auf die Stimme gleichgeachtet wird.

Düsseldorf, den 6. März 1894.

**Der Aufsichtsrat:** von Hagens. **Der Vorstand:** Dr. Becker, Rechtsanwalt.

---

## Gesellschaft „Zur Ludwigsburg."

**Samstag, den 10. März 1894:**

# Ballotage.

Ferner 8½ Uhr abends beginnend:

## General-Versammlung.

Näheres durch Cirkular.

622 **Die Direktion.**

---

## Verein für wissenschaftliche Unterhaltung und Vorlesungen.

**Freitag, den 9. März,** abends 7½ Uhr, **pünktlich** anfangend, wird im **Festsaale des Breidenbacher Hofes** Herr Professor **Dr. Weltrich** aus München einen **öffentlichen Vortrag** halten

**„Ueber den zweiten Teil des Goethe'schen Faust."**

Mitglieder und Abonnenten haben Zutritt gegen Vorzeigen ihrer Karten. Andere Zutrittskarten sind zu Mark **1,50** an der Kasse zu haben. **Der Vorstand.**

---



**Varenkamp's Ia. Qualität**

## Hammelfleisch,

**beliebt durch den feinen Geschmack des Fleisches, wird bestens empfohlen.**

**Specialität:**

## Ia. Hammelrücken

**für Gesellschaften, sowie die so beliebten engl., hoch, runden, mageren**

**geschlossenen Hammel-Koteletts**

**kann ich mit recht als hochfein empfehlen. Prima-Referenzen von hiesiger und auswärtiger Kundschaft.**

## F. Varenkamp,

**Größte Hammelschlachterei Rheinlands und Westfalens,**

**Markt. Telephon 703 und 704. Markt.**

---

Ein ordentlicher

**Schmiede-Geselle**

gesucht von **Wilhelm Schmitz** in Hilden. 590

---

Ein ordentlicher Junge als

**Lehrling**

für eine Grob- u. Feinbäckerei gesucht. 591

Gerresheim, Bahnstr. 127.

---

**Schneider-Geselle**

sucht Stelle bei kath. Meister, der feinere Arbeiten macht und wenig Gesellen hat. 598

**Schumacher,** Ahsen (Westf.)

---

Ein Junge von braven Eltern als

**Bäcker-Lehrling** 583

gesucht. **Klosterstraße 53.**

---

Junge von braven Eltern als

**Anstreicher-Lehrling**

gesucht. Friedensstraße 2.

---

**Sattler-Gehülfe**

gesucht. **Karl Scharre,**

528 Höhscheid bei Solingen.

---

## Bankfach.

**Für ein Provinzial-Bank-Geschäft wird zum baldigen Eintritt ein mit der Buchführung und Korrespondenz durchaus vertrauter Commis katholischer Konfession gesucht. Offerten mit ausführlicher Lebensbeschreibung und Angabe der Gehalts-Ansprüche an W. Deiters Buchhandlung in Düsseldorf unter Z. 100 erbeten.**

---

Suche gegen hohen Lohn ein properes tüchtiges

**Mädchen,**

welches gut kochen kann, nämlich die bürgerliche und bessere Küche selbständig versteht. Zeugnisse und Lohnansprüche einsenden an

**Frau Lütgenkirchen,**

527 Essen a. d. Ruhr.

---

**Erste Etage,** 4 Räume mit Mansarde per 15. April zu vermieten.

550 Karlsstraße 128.

---

**MAGGI's** Maggi's Suppenwürze ebenso Maggi's Fleisch-Extrakt in Portionen sind frisch eingetroffen bei **August Hanten's Witwe,** Schützenstr. 1 Grafenbergerstraßen-Ecke.

Die leeren Original-Fläschchen von 65 Pfennig werden zu 45 Pfennig und diejenigen à Mk. 1,10 zu 70 Pfennig mit Maggi's Suppenwürze nachgefüllt.

---

# Th. Schütte,

**Färberei und Reinigung**

**von Damen- u. Herren-Garderoben, sowie Möbelstoffen jeder Art.**

**Wasch-Anstalt**

für Tüll- und Mull-Gardinen, sowie für echte Spitzen etc.

**Reinigungs-Anstalt für Gobelins, Smyrna-, Velours- und Brüsseler Teppiche.**

Färberei und Reinigung von Fellen und Pelzwaren, sowie Schmuck- und Strauss-Federn, Glacé-Handschuhen etc.

**Neues** Reinigungs-Verfahren für Kleidungsstücke etc. (Deutsches Reichs-Patent Nr. 73 505).

**Annahme Lokale:**

**10 Friedrichstrasse 10,**
**20 Grabenstrasse 20,**
**1 Wehrhahn 1,**
**39 Derendorferstrasse 39,**

(Fabrik und Haupt-Comptoir).

---

**Uebermorgen, Freitag und Samstag, den 8., 9. u. 10. c.**
endgültig Ziehung der
**Großen Lotterie Kinderheilstätten Salzungen,** per Los 1 M., 11 Lose 10 M.
Hauptgewinne Mark 50 000, 10 000, 5000, 3000, 2000, 3 à 1000 2c.
**Freiburg. Münsterbaugeldlotterie, Zieh. am 12. u. 13. April,** per Los 3 M.
Geldgewinne M. 50 000, 20 000, 10 000, 5000, 10 à 1000, 20 à 500 2c.
**Rote Kreuzlotterie, Lose à 3 M., Zieh am 18., 19. u. 20. April c.**
Geldgewinne M. 50 000, 20 000, 15 000, 10 000, 5000, 2 à 2000, 5 à 1000 2c.
**Stettiner, Frankfurter u. Königsberger Pferde-Lose à 1 Mark, 11 Lose 10 Mark.**
Lose empfiehlt das Bank- und Lotterie-Geschäft
Tel. 498, Düsseldorf, Königs-Allee 26, **Franke & Cie.,** Köln, Unter Fettenhennen 15, Tel. 1376.

---

# August Ressing,

**Juwelier,**

21 Schwanenmarkt **DÜSSELDORF,** Schwanenmarkt 21

empfiehlt sein mit allen Neuheiten versehenes Lager in

**Juwelen-Gold-Silber- u. Fantasieschmuck**

besonders geeignete

**Kommunion- u. Konfirmations-Geschenke.**

Gleichzeitig mache auf eine hübsche Auswahl in goldenen und silbernen **Uhren** aufmerksam.

| | | |
|---|---|---|
| Silberne Herren-Remontoir-Uhren | v. M. | 14 an. |
| Silberne Damen-Remontoir-Uhren | „ „ | 15 „ |
| 14 Karat gold. Damen-Remontoir-Uhren | „ „ | 28 „ |
| 14 Karat gold. Herren-Remontoir-Uhren | „ „ | 65 „ |

Für sämtliche Uhren leiste mehrjährige Garantie.

Reparaturen an Uhren ebenfalls unter Garantie.

Ankauf und Umtausch von altem Gold, Silber u. Uhren zum höchsten Wert. 493

---

## Ausschuss-Porzellan

praktisch für den täglichen Gebrauch,

**in indisch blau, Zwiebelmuster und weiß Geschirr**

fortwährend vorrätig bei

Kurzestraße 2 am Burgplatz. **Joseph Kurth Witwe,** Kurzestraße 2 am Burgplatz.

---

# Nachlass-Gemälde-Auktion

im

**Kunstauktionshause Bismarckstr. 23A.**

Am **13. bis 15. März,** jedesmal vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr beginnend, kommt der gesamte **Nachlaß** des

**Kunsthändlers C. Ric. Heydendahl**

sowie aus anderem Besitz:

**cirka 150 alte und etwa 100 moderne Gemälde, eine Sammlung Kupferstiche u. Radierungen, Handzeichnungen etc.**

im Kunstauktionshause öffentlich meistbietend zum Verkauf. Unter den modernen Gemälden sind vertreten: **Oswald Achenbach, S. Jacobsen, L. Munthe, A. Rasmussen, H. Hartung, E. Anders, C. F. und J. Deiker, Sonderland, Hilgers, Lerche etc.**

Am 13. und 14. März werden die Gemälde und Zeichnungen, am 15. März die Kupferstiche zum Verkauf gebracht.

Oeffentliche Besichtigung am Sonntag, den 11. und Montag, den 12. März.

Verzeichnisse, sowie jede nähere Auskunft durch

**Max Mischel, beeid. Kunstmakler.**

---

Einen größeren Posten 623

**hochstämmiger Obstbäume, Aepfel, Birnen, Pflaumen, Kirschen, Pyramiden u. Spaliere, Weinreben, Rosen u. Erdbeeren, Coniferen**

2c. 2c.

wegen Räumung billigst abzugeben.

**Gärtnerei C. Caasmann & Sohn,**

Ahnfeldstraße 43.

Preisverzeichnisse gratis und franko.

---

**Bertram's**



**Gallseife,**

um seidene, wollenen gedruckte Stoffe zu waschen, wobei die mißlichsten Farben wie neu bleiben, das Ausgehen der Farben verhindert wird, und matt gewordene Farben wieder hergestellt werden. Anwendbar zur kalten und warmen Wäsche. Nur echt m. Gebrauchsanweisung bei

**Christ. Bertram,** gegr. 1848.

Hofl., Bolkerstr. 5 u. Schadowstr. 37.

---

Neben seinem Tabak- und Cigarren-Geschäft empfiehlt sich als Vertreter der Feuer- und Glas-Versich.-Gesellsch. Rheinland, Neuß,
„ der Stuttgarter Lebensversicherungs-Gesellsch. Stuttgart,
„ der Unfallversich. Thuringia, Erfurt, gegr. 1853,
„ der Kranken- und Sterbekasse der kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands,
sowie der kath. Idioten-Anstalt Essen a. d. Ruhr und anderer und ist zu jeder Auskunft gern bereit

130 **August Abels,** Marktstr. 5.

---

**Eine guterhaltene leichte Schlag- u. lange Karre, ein Dreirad, Pflug, Walzen und Bohnenstangen billig zu verkaufen. Näheres**

577 **Derendorferstraße 53.**

---

**Unterhaus und erste Etage**

zusammen 8 Räume per Ende Mai zu vermieten. Näheres

494 **Reichsstraße 71.**

---

## Erste Etage

**(10 Räume) zu vermieten.**

909 **Schadowstr. 11.**

---

Zum 1. April ein fleißiges

**Mädchen**

für alle Hausarbeit gesucht Selbiges muß mit im Geschäft thätig sein. Die schon darin gedient haben, erhalten den Vorzug, gute Zeugnisse erforderlich.

**Cornelius straße 11,**

Kolonialwarenhandlung.

---

**Düsseldorfer Bade- u. Sanitäts-Apparate-Fabrik**

# Joseph Schwärmer,

**gegründet 1872,**

**empfiehlt ihre patentierten und wiederholt prämiierten Fabrikate:**

**Badeeinrichtungen für Gas- und Kohlenheizung, Badewannen, Schwammbäder, Zimmerdouchen, Bidets, Zimmerklosets, Wärmeflaschen etc. etc.**

**Ausstellungs-Lokal u. Wohnung:**

**Grabenstr. 14/16, I. Et. Grabenstr. 14/16, I. Et.**

**Bestellungen werden auch Kreuzstrasse 6 an der Klosterstrasse entgegengenommen, woselbst sich Werkstätte und Comptoir befinden.**

**Billigste Bezugsquelle.** 187a

---

## Gewerbeschule mit Pensionat,

**Gegründet 1878 durch Frau E. v. Sobbe, geb. Mager, Düsseldorf, Alexanderplatz 15.**

Unterricht in allen Handarbeiten, **Kunsthandarbeiten,** Schneidern **(Zuschneiden),** Wäschenähen, **einfache und doppelte Buchführung;** Handarbeitslehrerinnen-Ausbildung. Eintritt jederzeit. 259

Prospekte und Auskunft durch die Vorsteherin **Marie Mager.**

---

**Katholische Unterrichts- u. Erziehungsanstalt zu Kemperhof bei Coblenz.** 347

**Das Bestehen der Entlassungsprüfung berechtigt zum einjährig-freiwilligen Militärdienste. In den drei unteren Klassen werden noch neue Zöglinge aufgenommen. Prospekte versendet** **Die Direktion.**

---

## Joseph Krausen,

**früher in Firma Heinrich Krausen,**

gegründet 1854,

**Kohlen- und Coaks-Groß- und Kleinhandlung,**

**Breitestraße 9, Fernsprecher 731,**

empfiehlt für Küche und Haus ihre seit Jahren beliebten und bekannten

**stückreichsten Flammkohlen,**

**Ia. nicht schwalchenden und rußfreien Flamm-Nußkohlen** in verschiedenen Größen,

**beste Anthracit-Nußkohlen, sowie Anthracit-Eiform-Brikets für amerikanische Füllöfen.**

Ferner für Luftheizungen 2c. **Ia. Nuss- u. Knabbel-Coaks,** sowie **Brikets** der besten Zechen des Ruhrgebiets.

**Brennholz** (gebund- und sackweise).

**Ia. grobstückige Buchen (Meiler-) Holzkohlen.**

**Breitestraße 9.** 702

---

# Peru-Guano.

Eine

**Schiffsladung echten aufgeschlossenen**

# Peru-Guano I.

**der Anglo-Continentale (vorm. Ohlendorff'sche Guanowerke)**

eingetroffen bei

**W. Hecker in Hamm a. d. Rheinfähre.**

---

**Düsseldorfer**

## Stadt-Theater.

**Direktion Eugen Staegemann.**

Dienstag, den 6. März:
**Wilhelm Tell.**
Große Oper mit Ballet in 4 Aufz. von Rossini.
Reg. O. Fiedler. Dir. J. Göllrich.
Ballet von Dora Huchthausen.
A. 7 U. Opern-Preise. E. 10 U.

Mittwoch, den 7. März:
**Die Fledermaus.**
Operette in 3 Aufz. von Strauß.
Regie de Paula. Dir. R. Fried.
Ballet,
arrangiert von Dora Huchthausen,
A. 7 U. Opern-Preise. E. g. 10 U.

Donnerstag, den 8. März:
**Die Goldfische.**
Lustspiel in 4 Aufzügen von Schönthan u. Kadelburg.
Regie Emil Haas.
Erich: A. Metzer a. G.
A. 7 U. E. 9½ U.

Freitag, den 9. März:
Benefiz von Rudolf Reinecke.
Gastspiel von Thessa Gradl.
**Die schöne Galathee.**
Operette in 1 Akt von Suppé.
**Fritzchen und Lieschen.**
Genrebild in 1 Akt v. Offenbach.
**Das Versprechen hinterm Herd.**
Alpenscene mit Gesang in 1 Akt und 2 Bildern von J. Baumann.
A. 7 U Opern-Preise. E. 10 U.

Samstag, den 10. März:
**Die Journalisten.**
Lustspiel in 4 Aufzügen v. Freitag.
Regie E. Haas.
Bolz: A. Metzer a. G.
A. 7 U. E. 9½ U.

Sonntag, den 11. März:
**Die Jüdin.**
Große Oper in 5 Aufz. v. Halevy.
Regie O. Fiedler. Dir. J. Göllrich.
Recha: Martha Eichberger a. G.
A. 6½ U. Opern-Preise. E. 9½ U.

Montag, den 12. März:
Benefiz für Klara Stolzenberg.
Gast: Thessa Gradl.
**Mignon.**
Große Oper mit Ballet in 5 Aufz. von A. Thomas.
Regie O. Fiedler. Dir. J. Göllrich.
Mignon: Thessa Gradl a. G.
A. 7 U. Opern-Preise. E. 9¾ U.

---

## Tafelhonig!!

Versende unter Garantie den feinst. **Bienenhonig** in Blechdosen von 9 Pfd. netto für 6 M. fko. Nicht Gefallendes nehme zurück.

**Bienenz. Schwarte in Werste.** 883

---

**Dicke Bohnen, Deutscher Rotklee, Saatwicken, Div. Raygräser**

und

**sämtliche Gartensämereien**

empfiehlt in bester Qualität

**Albert Sell,**

**Hilden,** Mittelstraße 58. 563

---

## Kneipp's

**Kloster - Kraft - Brot**

ohne Säure in Niederlagen bei: 14

**Th. Hilger,** Wehrhahn 15.
**J. Stöcker,** Ellerstraße 55.
**H. Gentz,** Alexanderstraße 8.
**J. Schmitz** sel. Witwe u. Sohn, Ecke Beurather- u. Breitestraße.
**A. Kohler,** Fürstenwall 89.
**J. Lackemeier,** Kasernenstr. 35, Bäckerei, Thorweg (kein Laden).

---




---

Dicke 621

**Pflanzbohnen**

eingetroffen bei

**Wilhelm Krahforst,**

10 Burgplatz. Burgplatz 10.

---

**Getragene Kleider,**

**Uniformen, Militär-Effekten werden angekauft** von

**Engelbert Maurer,**

Schneidermeister, 39 Wallstraße 39.

---

Noch zwei schwarze 615

**Zuchthähne**

ganz billig zu verkaufen

Alexanderplatz 4.

---

**Eisenthor,**

sehr billig zu verkaufen, Karrenspurweite, sowie **Fenster, Thüren und Bauholz** bei 513

**Schachtmeister Rohm,**

**Gerresheimerstr. 39.**

---

**Möbel verp. u. Umzüge bes. billig Wilh. Zielkens,** Schreinerm. Bilkerstr. 35 u. Karlsplatz 20, 1. Et.